

Stenographisches Protokoll

16. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 22. März 2019

Inhalt

Fragestunde (S. 1563)

Aktuelle Stunde (S. 1564)

Antragsteller: FPÖ-Klub

Thema: „Compliance Regeln für Kärntner Landes- und Gemeindepolitiker mit Sanktionsmechanismus“

Redner: Darmann (S. 1564), Seiser (S. 1565), Malle (S. 1566), Köfer (S. 1567), Leyrouz (S. 1568), Sandrieser (S. 1569), Hueter (S. 1570), Dieringer-Granza (S. 1571), Patterer (S. 1572), Gaggl (S. 1573), Staudacher (S. 1574), Kaiser (S. 1575)

Tagesordnung (S. 1576)

1. Ldtgs.Zl. 101-16/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungsmanagement zur Regierungsvorlage betreffend Kärntner Bauinvestitionsprogramm; Bauinvestitionsvolumina 2019

Berichterstatte(rin): Rohrer (S. 1576)

Redner: Burgstaller (S. 1576), Lobnig (S. 1577), Gaggl (S. 1578)

Einstimmige Annahme (S. 1580)

2. Ldtgs.Zl. 124-12/32:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum selbständigen Antrag von Abgeordneten der IG TKK vom 28.2.2019 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend Flughafen-Teilprivatisierungsprozess

Berichterstatte(r): Darmann gemäß § 55 Abs. 5 K-LTGO für Köfer (S. 1580)

Redner: Darmann (S. 1580, 1589), Köfer (S. 1583, 1588, 1590), Malle (S. 1585), Leikam (S. 1586)

Einstimmige Annahme (S. 1590)

3. Ldtgs.Zl. 95-6/32:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung

von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Förderungen für Kinderbetreuungseinrichtungen

Redner: Dieringer-Granza (S. 1591), Feistritzer (S. 1591), Gaggl (S. 1592)

4. Ldtgs.Zl. 43-4/32:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dieringer-Granza betreffend Änderungen inklusive Modellregion

Rednerinnen: Dieringer-Granza (S. 1593), Patterer (S. 1594)

5. Ldtgs.Zl. 75-28/32:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Köfer betreffend Kärnten Privatstiftung

Redner: Köfer (S. 1595)

Mitteilung des Einlaufes (S. 1597)

A) Dringlichkeitsantrag (S. 1597):

Ldtgs.Zl. 14-13/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend politische Kultuer in Kärnten verbessern – Ehrensenat installieren

Zur Begründung der Dringlichkeit: Darmann (S. 1597)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: nein) (S. 1598)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung (S. 1598)

B) Antrag von Abgeordneten (S. 1598)

C) Schriftliche Anfragen (S. 1598)

Beginn: Freitag, 22.03.2019, 08.07 Uhr

Ende: Freitag, 22.03.2019, 11.01 Uhr

Beginn der Sitzung: 08.07 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Ing. Rohr**, Zweiter Präsident **Strauß**, Dritter Präsident **Lobnig**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Entschuldigt: **Benger**

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Kaiser**, Landesrat **Fellner**,
Landesrat **Gruber**

Entschuldigt: Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaugig-Kandut**, Landesrätin **Schaar**, Landesrat **Zafoschnig**

Bundesräte: **Novak, Leitner**

Entschuldigt: **Appé, Ofner**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich eröffne um 08 Uhr 07 Minuten die 16. verlangte Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie alle sehr herzlich! Bitte um Entschuldigung, dass es nicht pünktlich um 08.00 Uhr begonnen hat. Es hat technisch die entsprechende Installation erfolgen müssen, dass die Sitzung auch ordnungsgemäß aufgezeichnet und mit protokolliert wird. Ich begrüße im Besonderen die anwesenden Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser und den Herrn Landesrat Ing. Daniel Fellner! Ich darf die anwesenden Bundesratsmitglieder, den Herrn Bundesrat Günter Novak und den Herrn Bundesrat Leitner begrüßen! Auf der Beamtenbank darf ich den Landesamtsdirektor, seinen Stellvertreter und den Stellvertretenden Rechnungshofdirektor begrüßen! Herr Dr. Primosch von der Verfassungsabteilung hat sich für heute entschuldigt. Ich darf natürlich ebenso herzlich alle anwesenden und interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer auf unserer Zuhörergalerie begrüßen! Unter anderem ist die Fachberufsschule 2 aus Klagenfurt mit acht Personen anwesend. Sie sind begleitet

von Herrn Thomas Daxkobler. Ich wünsche Ihnen eine informative und interessante Landtagssitzung! Herzlich willkommen! (*Beifall im Hause.*) Ebenso herzlich begrüßen darf ich natürlich alle interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer, die unseren Livestream benutzen, um diese Landtagssitzung via Internet entsprechend mitzuverfolgen! Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen haben, ist das eine sogenannte verlangte Landtagssitzung gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO. Mit Artikel 21 Kärntner Landesverfassungsgesetz hat der Antragsteller, die Freiheitliche Fraktion, die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages zum Thema „Compliance Regeln für Kärntner Landes- und Gemeindepolitiker mit Sanktionsmechanismus“ angekündigt. Die heutige Sitzung wurde fristgerecht eingeladen. Der Zeitpunkt wurde so gewählt, dass wir in Abstimmung auch mit der Landesregierung zumindest sicherstellen konnten, dass wenigstens drei verfügbare Regierungsmitglieder anwesend sind. Es gibt ja auch eine Klausurtagung der Regierung zum Thema „Standortmarketing in Kärnten“, die entsprechend nach hinten verschoben wurde. Für die heutige Sitzung entschuldigt sind der Abgeordnete Dipl.-Ing. Christian Benger, der Bundesrat Josef Ofner. Jakob Strauß, der Zweite Präsident, wird um 09 Uhr 30 eine offizielle Verpflichtung wahrzunehmen haben und ist ab diesem Zeitpunkt entschuldigt. Seitens der Regierung entschuldigt sind die beiden Landeshauptmann-Stellvertreterinnen, Dr. Prettner und Dr. Schaugig, ebenso Mag. Schaar. Landesrat Gruber hat einen Arzttermin und kommt später. Landesrat Ulrich Zafoschnig ist noch krank. Wie gesagt, in Vertretung vom Rechnungshofdirektor, der auch entschuldigt ist, ist Mag. Kraßnitzer anwesend. Der Landtag ist damit beschlussfähig. Wir haben im März schon einige Geburtstage hinter uns. Am Tag genau, am 08.03., dem Internationalen Tag der Frauen, hat unsere Abgeordnete Waltraud Rohrer ihren Geburtstag gefeiert, am 17.03. der Abgeordnete David Redecsy und am heutigen Tag hat Dietmar Rauter Geburtstag. (*Beifall im Hause.*) Al-

Ing. Rohr

len Geburtstagskindern alles Gute, viel Erfolg auch für die Wahrnehmung ihrer verantwor-

tungsvollen politischen Aufgaben!

Fragestunde

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Am Beginn der Sitzung würde die Fragestunde stehen, aber aufgrund der Entschuldigungen rufe ich die Anfragen kurz auf und frage, ob sie in der nächsten Sitzung mündlich behandelt oder schriftlich beantwortet werden sollten. Die erste Anfrage:

**1. Ldtgs.Zl. 74/M/32:
Anfrage Abgeordneter Prasch an
Landesrat Gruber**

des Abgeordneten Prasch an den Herrn Landesrat Gruber? (*Abg. Prasch: Selbstverständlich mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

**2. Ldtgs.Zl. 75/M/32:
Anfrage Abgeordneter Trettenbrein an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut**

Die Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig? (*Abg. Trettenbrein: Mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung!

**3. Ldtgs.Zl. 76/M/32:
Anfrage Abgeordneter Staudacher an Landesrätin Schaar**

Staudacher an Schaar? (*Abg. Staudacher: Mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung!

**4. Ldtgs.Zl. 77/M/32:
Anfrage Abgeordnete Dieringer-Granza an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner**

Die Anfrage der Abgeordneten Dieringer-Granza an die Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin

Prettnner? (*Abg. Dieringer-Granza: Mündlich!*)

**5. Ldtgs.Zl. 78/M/32:
Anfrage Abgeordneter Köfer an
Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut**

Die Anfrage des Abgeordneten Köfer an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig? (*Abg. Köfer: Schriftlich!*) Schriftlich, okay!

**6. Ldtgs.Zl. 79/M/32:
Anfrage Abgeordneter Rauter an
Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut**

Die Anfrage des Abgeordneten Rauter an die Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin? (*Abg. Rauter: Mündlich!*) Mündlich!

**7. Ldtgs.Zl. 80/M/32:
Anfrage Abgeordneter Trettenbrein an Landesrat Zafoschnig**

Die Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an den Herrn Landesrat Zafoschnig? (*Abg. Trettenbrein: Mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung!

Nachdem keine Fragen behandelt werden können, kommen wir gleich zum Beginn zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Ing. Rohr

Aktuelle Stunde

Nach dem Rotationsprinzip ist die Freiheitliche Fraktion an der Reihe. Sie hat das Thema gewählt: „Compliance Regeln für Kärntner Landes- und Gemeindepolitiker mit Sanktionsmechanismus.“ Wir haben in der gestrigen Präsidiale vereinbart, dass seitens der Regierung der Herr Landeshauptmann diesbezüglich redeberechtigt ist und sonst natürlich die Abgeordneten im Rotationsprinzip ihre Wortmeldungen abarbeiten werden. Als ersten Redner vom Antragsteller habe ich den Abgeordneten Mag. Darmann vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort und ich verweise darauf, dass ich heute auch versuchen werde, die Redezeiten exakt einzuhalten. Wir starten um 08 Uhr 14 Minuten. Bitte! (*KO Darmann: Von mir sind schon 15 Sekunden weg, derweil du einbegleitet hast!*) - Ich habe noch nicht freigeschaltet, Herr Abgeordneter! Solange ich am Wort bin, ist das Mikro des Rednerpultes nicht offen, die Zeit beginnt mit der entsprechenden Freischaltung des Rednerpultes. Du hast das Wort, bitte!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident, für das erteilte Wort! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Geschätzte Zuseher auf der Galerie und Zuhörer zu Hause! Kärnten braucht in der Tat aufgrund der politischen Versäumnisse der letzten Jahre vieles, nur keine politische Schlamm-schlacht. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Und wenn im Kleinen Wappensaal des Kärntner Landtages an der Decke geschrieben steht, „die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit“, dann muss es dennoch möglich sein, die Fakten auf den Tisch zu legen. Und das ganz ohne Emotionen, sondern in Abarbeitung dessen, was unser Land in den letzten Wochen und Monaten erleben musste in einer Unkultur der politischen Auseinandersetzung. Und deswegen haben wir dieses Thema auch heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, darüber zu diskutieren, was sich die Bevölkerung von uns in der politischen Kommunikation erwartet, wie wir miteinander umzugehen haben und in welcher Art und Weise wir auch das Wort aneinander richten. Das ist,

glaube ich, politische Kultur, die es zu besprechen gilt, dringlich zu besprechen gilt, und das ist unsere ureigenste Aufgabe zum jetzigen Zeitpunkt. Kärnten braucht jedoch auch keine durch den Herrn Landeshauptmann als Kleinigkeit weggewischte Beschimpfung unserer Republik Österreich als „Nazion“ im Sinne von „Naziland“! Kärnten braucht darüber hinaus auch keine SPÖ-Gewerkschafter, die mit Rückendeckung des roten Parteiobmanns ohne Konsequenzen unseren Bundeskanzler als „Nobelhure der Nazis“ beschimpfen können! Ich glaube, auch das sollte uns allen zu denken geben. Und die Ruhe hier im Sitzungssaal des Kärntner Landtages bestätigt, dass es sich hier um unglaubliche, skandalöse Aussagen handelt. Kärnten braucht aber auch – und es ist mir besonders wichtig, das festzuhalten – keine hohe Amtsinhaberin, nämlich die Frau SPÖ-Bürgermeisterin Mathiaschitz, die sich in noch nicht dagewesener, menschenverachtender Art und Weise über eine Politikerin lustig gemacht hat, als würde es das Natürlichste der Welt sein! Sie hat aber nicht nur das getan, sondern auch anschließend offen die Öffentlichkeit belogen. Werte Damen und Herren, es hat den Anschein, als wäre in Kärnten der Sozialdemokratie aufgrund fehlender Argumente jedes Mittel der Diffamierung und auch der Beschimpfung recht, wird es nur von Funktionären der SPÖ Kärnten angewendet und schließlich mit dem Einverständnis vom Landeshauptmann von Kärnten wieder halbherzig entschuldigt. Geschätzte Damen und Herren, diese Entschuldigungen sind zu wenig! Es reicht! Hasspostings der letzten Monate, gipfelnd in der Aussage der Bürgermeisterin aus Klagenfurt in einer offiziellen Sitzung des Stadtsenates zeigen, dass es hier eine Kurskorrektur braucht.

Die Rückmeldung aus der Bevölkerung ist klar und deutlich – skandalöse Niveaulosigkeit wie jene der Bürgermeisterin will und braucht kein Bürger. Lügen und halbherzige Versuche einer Rechtfertigung brauchen die Bürger ebensowenig. Es gibt für diese Entgleisungen der letzten Monate, egal ob schriftlich oder mündlich, keinerlei wohlwollende Interpretation. Und deswegen sagen wir, es ist dringend notwendig, in

Darmann

Kärnten einen Ehre senat einzurichten. Einen Ehre senat, der sich massiv unterscheidet von jener Ethik-Kommission, die die SPÖ im Jahr 2010 eingefordert hat, denn ich sage und rufe es hiermit auch in Erinnerung, 2010 wurde von der SPÖ gefordert, die Arbeiterkammer, den ÖGB, die Wirtschaftskammer, die Universität Klagenfurt in diese Ethik-Kommission zu berufen, um uns auf die Finger zu schauen. Wo waren denn diese Institutionen in den letzten Monaten bei diesen Hass-Postings oder auch bei der Aussage von der Frau Bürgermeisterin Mathiaschitz? Nirgends! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Die AK hat geschwiegen, der ÖGB hat geschwiegen, die Universität Klagenfurt hat geschwiegen, die Wirtschaftskammer hat geschwiegen. Es hat einfach keinen interessiert.

Und deswegen ist es viel besser, und ich glaube, auch vernunftbegabter, an die Sache so ranzugehen – das ist auch die Einladung seitens der Freiheitlichen an dich, Herr Landeshauptmann, an die Sozialdemokratie, an die ÖVP – miteinander wirklich einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht einen Ehre senat in der Weise gestalten, dass ein pensionierter Richter des Landesgerichts, ein pensionierter Vertreter der Notariatskammer und ein pensionierter Vertreter der Rechtsanwaltskammer überparteilich einen solchen Ehre senat bilden. Einen Ehre senat, der angerufen werden kann (*Vorsitzender: Eine halbe Minute!*) – Danke, Herr Präsident! – um dann auch in der Öffentlichkeit eine entsprechende Wertung abzugeben, um damit auch einen Druck aufzubauen, einen notwendigen Druck, um oft in sich zu gehen als Politiker und einmal darüber nachzudenken, ob die Form der Kommunikation, die man gewählt hat gegenüber den Kollegen, in der eigenen Koalition oder auch darüber hinaus die richtige Form war. (*Vorsitzender: Bitte, den Schlusssatz!*) - Danke, Herr Präsident, ich komme zum Schlusssatz! Das ist, glaube ich, die Aufgabe der Politik in Zeiten wie diesen, in denen anscheinend jedes Mittel recht ist, um den politischen Mitbewerber zu diffamieren, einmal darüber nachzudenken, ob sich die Bevölkerung nicht einen korrekteren Umgang in der Politik verdient hat, neben harter Arbeit für das Land Kärnten. Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zu Wort gemeldet habe ich den Klubobmann der SPÖ, Abgeordneten Herwig Seiser! Ich erteile ihm dieses!

Klubobmann **Seiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf der Zuhörer-, Zuschauertribüne! Werte Damen und Herren, die via Livestream dabei sind! Ich sehe mich zuerst genötigt, eine faktische Klarstellung durchzuführen: Die Bürgermeisterin hat nicht gelogen, die Bürgermeisterin hat eine ihr unterstellte, in einer Aussendung vom 13.03. getätigte Interpretation ihrer Wortmeldung im Stadtsenat bestritten, sie hätte einer Gemeinderätin einen Platz in einem Todesflugzeug gewünscht. Das stimmt nicht, das hat die Bürgermeisterin zurückgewiesen! Das, was sie gesagt hat, ist dem Tonbandmitschnitt zu entnehmen und dafür hat sie sich am 14.03. via Stadtpresse entschuldigt. Geschätzte Damen und Herren! Es ist nichts zu beschönigen, es ist nichts zu verniedlichen. Alles, was in letzter Zeit gesagt, gepostet et cetera wurde, waren Geschmack- und Gedankenlosigkeiten, die wie gesagt, nicht zu beschönigen sind. Berechtig oder nicht berechtigt, notwendig oder nicht notwendig, kommt jetzt die Forderung nach einer moralischen Instanz. Bemerkenswert nur, dass sich jene Gruppe zu dieser moralischen Instanz aufschwingt, die – um das höflich und respektvoll zu sagen – in der politischen Diskussion nicht immer mit dem Florett hantiert hat, sondern hin und wieder auch den Bihänder verwendet hat. Damit nicht genug, man will jetzt auch Regeln oktroyieren, Regeln festschreiben, Sanktionsmechanismen festlegen, die, geschätzte Damen und Herren, aus meiner Sicht nur dann notwendig sind, wenn man drei Grundprinzipien nicht berücksichtigt. Und diese drei Grundprinzipien sind erstens eine angemessene Sprache, sind zweitens ein respektvolles Miteinander und sind drittens eine Zielorientiertheit in der politischen Diskussion.

Ad Eins: Die Sprache hat Übersetzungsfunktion für den politischen Willen. Menschen müssen durch Sprache vom Inhalt der Politik überzeugt werden und daher hat diese Sprache auch ange-

Seiser

messen zu sein. Ad Zwei: Sachliche und respektvolle Kommunikation muss eine Selbstverständlichkeit sein. Der Politiker hat so zu formulieren, wie er sich wünscht, dass sein politischer Mitbewerber auch formuliert. Und schließlich ad Drei hat der politische Diskurs einem konstruktiven Gespräch zu entsprechen. Es geht um Austausch, es geht um Überzeugung und es geht um Hinterfragen. Es geht nicht um Besiegen und es geht nicht um Zerstören.

Diese drei Grundprinzipien eingehalten, erübrigen aus meiner Sicht jeglichen festgeschriebenen Sanktionsmechanismus und jegliche Regeln, an die man sich dann ohnehin nicht mehr halten wird. Ich darf bei dieser Gelegenheit, nur was den Aspekt der Überwachung (*Vorsitzender: Halbe Minute!*) solcher Regeln betrifft, auf den Oscar-Preisträger-Film des Jahres 2007 verweisen – „Das Leben der Anderen“, von Florian Henckel-Donnersmarck. Ich empfehle, sich diesen Film anzuschauen und Sie werden merken, welche Auswüchse Überwachung in letzter Konsequenz haben kann. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Mag. Markus Malle. Ich erteile es ihm!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Hohe Regierungsbank! Werte Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorweg klarstellen: Die Aussagen der Bürgermeisterin von Klagenfurt in der Stadt-senatssitzung waren nicht in Ordnung. So etwas darf es in einem politischen Gremium eigentlich nicht geben, und es ist vollkommen irrelevant, ob es als Frage gemeint war oder nicht. Das ist nämlich offenbar eine subjektive Wahrnehmung. Die einen hören ein Fragezeichen, die anderen nicht. Ich persönlich sage, es ist egal. Aber seien wir ehrlich, es sind immer wieder Aussagen gefallen und es werden auch in Zukunft weiter Aussagen fallen, die auf der Empörungsskala unterschiedliche Ausschläge hervorbringen werden. Egal, ob es „faule“ Abgeordnete, „kranke“ Wähler oder „depperte“ Zwischenrufe sind – es

wird diese verbalen Ausrutscher geben und sie werden für mehr oder weniger Aufsehen sorgen. Aber auch wir als Politiker wir sind alle Menschen, und wir machen Fehler. Und je hitziger eine Debatte ist, desto eher werden diese Fehler passieren. Eine rasche Internetsuche zeigt: Verbale politische Entgleisungen am 03. September, 06. September, am 22. November, am 15. Dezember, 30. Jänner, 03. Feber, 15. Feber, 14. März. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, jeder dieser Einzelfälle schadet nicht nur dem Politiker, der die Wortwahl verwendet hat und nicht nur der Partei, der der Mandatar angehört, sondern schadet uns allen, schadet dem Ansehen der Politik als Ganzes. Wir bringen nicht den Einzelnen in Misskredit, sondern die gesamte Politik. Ja, es gibt Grenzen in öffentlichen Debatten. Aber machen wir uns auch nichts vor, dass ein Regelwerk, wenn es dann zur Anwendung käme, eigentlich schon zu spät ist. Ich glaube, dass wir alle – und das sind die Politikerinnen und Politiker dieses Landes – aufgerufen sind, neue Maßstäbe anzusetzen. Jeder bei sich selbst, jeder in der eigenen Partei. Denn ich glaube, dass ein Mandatar, der das nicht schafft, auch nicht fähig ist, positiv an der Zukunft eines Landes mitzugestalten.

Lassen Sie mich aber noch eines ergänzen: Genauso verurteilenswert wie die Aussagen einzelner Politiker sind auch jene Politiker, die sich an den persönlichen Verstolperern anderer ergötzen. Die vielleicht sogar den „Fehlersucher“ anwerfen und Fallen auslegen, damit jemand anderer hineintappt, weil man sich davon politische Vorteile erhofft und anscheinend eher an den Fehler anderer ein politisches Profil gewinnen will als an eigenen Ideen und Initiativen. Es kann für einen politischen Diskurs aus meiner Sicht unmöglich sein, wenn man Pointierungen verbietet, wenn man nicht sagt, eine Pointierung ist da oder dort zulässig. Ich glaube, dass wir den gesamten politischen Diskurs verunmöglichen würden, wenn man jedes Wort in jeder Sitzung, in jeder Situation auf die Waagschale, auf die goldene Waagschale legt. Eine perfektionistische Political Correctness bringt aus meiner Sicht auch jeden politischen Diskurs um. Ich glaube, dass jeder in diesem Raum zu 100 Prozent für ein besseres Kärnten in der Zukunft arbeitet. Aus diesem Grund kann ich nur appellieren: Jeder fängt vor der eigenen Haustüre an, aber gemeinsam sollten wir an einer anderen politischen

Malle

Kultur arbeiten, damit dieses Land auch eine gute Zukunft hat! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Obmann der Interessengemeinschaft Team Kärnten, Abgeordneter Gerhard Köfer. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Präsident! Es ist irgendwie schon eigenartig mitzuerleben, dass man eine Aktuelle Stunde einberuft, wenn man sich in der Vergangenheit – das muss man ganz offen sagen – nicht wirklich als Hüter der Moral in der politischen Kultur hervorgetan hat! Und wenn man sich dann auch noch Compliance Regeln wünscht, dann ist das in etwa so zu verstehen, wie wenn die Kärntner Fleischer-Innung einen Festakt ausrichtet zum veganen Essen. Auch das passt irgendwie nicht ganz gut zusammen, aber trotzdem wollen wir es positiv sehen. In jeder Auseinandersetzung, in jedem Diskurs hat man natürlich auch das Recht, dass man streitet, dass Argumente gebracht werden, die immer wieder emotional vorgetragen werden können. Das ist ja nicht das Problem! Das Problem besteht bei uns im Moment darin, dass sich offenbar die FPÖ und die SPÖ gegenseitig politisch so zerlegen und beschädigen, damit dieser Begriff, dieses neue Feinddenken eine neue Dimension erhält. Das wollen wir in dieser Form nicht! Aber die jetzige Veranstaltung zeigt, dass es ja auch anders gehen kann. Das, was in den letzten fünfzehn Minuten passiert ist, war für mich eher überraschend. Das war sehr besonnen, auffallend ruhig und vor allem, fast geläutert. Ich bin gespannt, wie lange diese Situation jetzt noch anhalten wird! Ich glaube, nicht den ganzen Tag, aber zumindest ist ein erster Schritt getan. Es wird heute mehr gebrüllt, als wertschätzend miteinander umgegangen. Aber noch schlimmer als ein scharfes Wort – das sollte auch erlaubt sein im Diskurs – ist für mich eine gelernte, heuchlerische und sehr coole Phrase, die immer wieder auch von Rhetorik-Seminaren mitgegeben wird. Das Schlimmste,

das ich hier in diesem Hohen Hause erleben muss, ist diese Aussage: „danke für Ihre Frage“, zumal diese auch eine gewisse Art von Abgehobenheit und Arroganz darstellt, da man ja nicht wirklich gewillt ist, auf diese Frage eine Antwort zu geben!

Political Correctness, das haben wir mittlerweile gehört, wird auch missbraucht. Wir müssen wissen, dass jedes Wort, das hier gesprochen wird, auch zur Waffe werden kann. Du hast von einem Bidhänder gesprochen, man hat auch von einem Florett gesprochen, das ist das Eine. Aber noch viel schlimmer ist das gesagte Wort, wenn man weiß, wenn ich es sage – und die, die das sagen, wissen sehr wohl, was sie tun. Es ist ja nicht so, dass das Menschen sind, die keine Ahnung von der politischen Landschaft haben, sondern man will verletzen. Man will bewusst verletzen! Dann schreibt man das, dann sagt man das, man kennt auch die Wirkung daraus. Was mich aber in den letzten zwei Tagen besonders – nicht aufgeregt – aber gewundert hat, war, dass es offenbar einen Brief an einen Vater in Kärnten gegeben hat – das tut mir dann weh, das ist ja noch viel schlimmer als ein schlimmes Wort – dessen Sohn bei diesem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen ist. Der schreibt in der „Kleinen Zeitung“: „Es hat einen Brief gegeben, einen unpersönlichen Ausdruck mit kopierten Unterschriften.“ Im Übrigen waren nur die fünf SPÖ-Regierungsmitglieder drauf, die beiden ÖVP-Landesräte waren nicht einmal mehr dabei. Der Vater spricht weiter von „geheuchelter Anteilnahme“. Meine Damen und Herren! Auch das ist etwas, das kann man einem Hass-Posting gleichsetzen. Das ist etwas, was völlig überflüssig ist! Der Vater spricht es selber aus: „Bevor man so etwas verschickt, sollte man es lieber bleiben lassen.“

Aber kommen wir noch kurz zum Thema „Hass im Netz“: Es ist keine Ausrede, wenn man dann ein Posting irgendwie platziert und sich dann noch irgendwie entschuldigt und sogar empört ist: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen. Kann man keine Meinung mehr ertragen? Versteht ihr keinen Witz mehr?“ Meine Damen und Herren, man versteht natürlich schon sehr viel, aber in der politischen Diskussion hat man doch andere Regeln anzuwenden! Der gute Geschmack wird sehr oft überschritten. Einen Rahmen zu setzen, ist gut. Rahmen und Orientierungen sind gut, auch für die Jugend. Die Politik

Köfer

hat hier eine Vorbildfunktion. Wie im privaten, im gesellschaftlichen, aber vor allem im wirtschaftlichen, im politischen Zusammenleben macht der Ton die Musik! Aussagen wie – wir haben es heute schon gehört – „Edelhure der Neonazis“, „Krätz'n“, „Gesinnungslumpen“, Lustigmachen über einen beeinträchtigten Minister auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch Hetze gegen Flüchtlinge, NS-Verherrlichungen werden dann zumeist mit einem lapidaren „ja, Entschuldigung“ abgetan. Das wird es nicht mehr geben, das wird es in dieser Form auch nicht mehr sein! (*Vorsitzender: Eine halbe Minute!*) Die Spaltung der Gesellschaft scheint hier offenbar auch das Ziel dieser Aktionen zu sein. Jedes politische Thema wird heute kategorisiert in Gut und in Böse. Man spricht gern von der „Abrüstung der Worte“. Man spricht von Sprach-Hygiene. Es wird auch „links“ und „rechts“ neu definiert. Es gibt die Gutmenschen, die das Gute für sich beanspruchen. Denen gegenüber gibt es die Rassisten und die Rechtsextremen. Man teilt die Menschen in Neoliberale oder in sozialistisch Denkende, in Landeier, in Kosmopoliten, in Emanzen, in patriarchalische Machos ein. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, Schlusssatz!*) Meine Damen und Herren, der Schlusssatz: Wir brauchen keine neuen Compliance Regeln, ganz klar, sondern die Parteien müssen intern sehr schnell darauf schauen, dass Menschen, die sich nicht benehmen können – Hassposter, Wichtigtuer, Hetzer, Agitatoren – aus der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen werden! Erst dann kann das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wiederhergestellt werden. Danke! (*Beifall vom TKK.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der geschäftsführende Klubobmann der Freiheitlichen, Abgeordneter Mag. Leyroutz. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer zu Hause! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich glaube, es ist notwendig und wichtig, aufgrund der Ereignisse

der letzten Wochen, aber insbesondere aufgrund der Wortmeldung der Bürgermeisterin der Stadt Klagenfurt schon ein wenig in sich zu gehen und einmal ein paar grundsätzliche Fragen zu stellen, wie man mit Verantwortung in der Politik umzugehen hat! Was erwartet sich die Bevölkerung von den höchsten Repräsentanten einer Landeshauptstadt, des Landes in Bezug auf solche Äußerungen? Was kann sich die Bevölkerung, die interessierte Bevölkerung wirklich von einem Politiker in Bezug auf den Wahrheitsgehalt erwarten? Ist die politische Kommunikation und die typische Reaktion, wenn man ertappt wird und zum Gegenangriff übergeht, tatsächlich die richtige? Wäre es nicht vernünftiger, die Verantwortung für das eigene Handeln, für die eigenen Äußerungen zu übernehmen und nicht erst Tage später über Druck der Öffentlichkeit sich dann doch dazu hinreißen zu lassen, dass man sich halbherzig entschuldigt, aber ganze zwei Tage wartet, bis der Druck so groß wird und die Beweismittel so klar auf der Hand liegen, dass man nicht mehr auskommt? Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zu wenig! Ich glaube auch, es ist zu wenig, diese Äußerungen mit einer einfachen Erklärung abzutun, wie es heute Kollege Seiser getan hat, den ich im Übrigen sehr schätze, indem er gemeint hat, es ist eine Geschmack- und Gedankenlosigkeit.

Und, Kollege Seiser, ich darf dir danken, dass du doch drei Punkte herausgegriffen hast, um eine Äußerung in irgendeiner Art und Weise zu qualifizieren und zu werten! Ich glaube, das wäre ein sehr guter Ansatz. Du hast gemeint, die erste Voraussetzung sollte eine angemessene Sprache sein. Wenn wir jetzt bei den Fakten bleiben und die Wortmeldung der Bürgermeisterin wirklich unter dem Gesichtspunkt einer angemessenen Sprache betrachten, dann kann sich jeder, der sich dieses Band in nunmehr bester Qualität angehört hat, ein Bild darüber machen, dass es, glaube ich, keine angemessene Sprache sein kann, eine derartige Frage oder Verständnisfrage oder was auch immer zu stellen und dann auch in einer Art und Weise über die eigene Äußerung zu lachen, die wirklich unter jeder Kritik ist. Also Punkt 1 wäre an und für sich erfüllt. Punkt 2: Du hast das respektvolle Miteinander angesprochen. Ich glaube, wenn man sich diese Wortmeldung anhört, dann ist auch die Frage beantwortet, ob es sich dabei um ein respektvolles Miteinander handeln kann. Dann kommen

Leyroutz

wir zum Punkt 3, nämlich zur Gesprächskultur und zur Zielorientiertheit der politischen Debatte im Klagenfurter Stadtsenat. Glaubt denn wirklich jemand, dass diese Äußerung in irgendeiner Weise zielorientiert sein kann und zur Gesprächskultur und zu einer Lösung eines Problems beitragen kann? Ich glaube nicht! Damit sind genau diese drei Punkte, lieber Kollege Seiser, die du angesprochen hast, eigentlich erfüllt. Man müsste sich jetzt erwarten, dass es dafür auch klare Worte gibt und dass jemand mit Anstand aus solch einer Äußerung auch tatsächlich die notwendige Konsequenz zieht. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wir wissen natürlich, und auch das ist in einigen Kommentaren noch erörtert worden: Es gibt in Kärnten und in Österreich wenig Rücktrittskultur, was eigentlich die einzige angemessene Konsequenz wäre. Aber, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, da muss ich Sie jetzt schon in die nähere Ziehung nehmen, ich glaube, es ist zu wenig, es ist wirklich zu wenig, diese Wortmeldung im Endeffekt damit zu entschuldigen, dass es sich um eine unbedachte Äußerung handelt. Ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie als SPÖ-Parteivorsitzender sich schützend vor Ihre eigene Bürgermeisterin stellen müssen, aber Sie haben trotzdem auch eine moralische Verantwortung als Landeshauptmann, eine derartige Äußerung ganz klar zu bewerten und allenfalls schon Konsequenzen einzufordern, die meines Erachtens erforderlich wären. Und Sie haben ja auch auf die Ethik-Kommission hingewiesen, die Sie einberufen wollen. *(Vorsitzender: Halbe Minute!)* Wir haben uns diese Ethik-Kommission angesehen. Unter anderem wird darin gefordert, dass die Ethik-Kommission darüber zu befinden hat, über die Anwesenheitspflicht für Regierungsmitglieder bei Landtagssitzungen. Wenn ich mir heute die Regierungsbank ansehe, dann strafen Sie sich selbst Lügen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn eine derartige Kommission mit Vertretern des ÖGB, der Arbeiterkammer, der Universität Klagenfurt besetzt werden soll, handelt es sich um politische Agitation und nicht um eine unabhängige Einrichtung, daher glaube ich, dass unser Vorschlag, der heute im Dringlichkeitsantrag näher ausgeführt wird, *(Vorsitzender: Bitte, den Schlusssatz!)* der richtige Weg ist! Ich glaube, wir benötigen Compliance Regeln und wir benö-

tigen Sauberkeit in der Politik! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete der Sozialdemokraten, Stefan Sandrieser. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier und auch zu Hause! Liebe Bevölkerung! In der Vorbereitung für die heutige Rede habe ich Google strapaziert. Ich habe nach „wilden“ Aussagen von FPÖ-Politikern gesucht, ich habe sie auch gefunden. Dann habe ich nach „wilden“ Aussagen von SPÖ-Politikern gesucht, die habe ich auch gefunden. Dann habe ich mir gedacht, ich werde dastehen und darüber reden, wie sich diese in der Intensität, in der Wortwahl, in der Motivation, sie zu verwenden, unterscheiden. Irgendwann habe ich dann überlegt, das will ich eigentlich gar nicht. Ich will das nicht, ich will keine Aufrechnungen und Vergleiche machen. Das erinnert mich ein bisschen an Sandkastenspiele aus der Kindheit, wo wir uns gegenseitig mit Sand, mit Schmutz beworfen haben. Dann haben wir uns bei unseren Eltern, meistens waren es die Mütter, beklagt, wer hat begonnen, wer hat wem den Bagger weggenommen und wer hat den größeren Batzen auf irgendjemanden geworfen. Das ist dessen eigentlich nicht würdig, wofür wir hier herinnen sitzen! Viele von uns tätigen Aussagen, die ihnen später einmal leidtun. Das passiert im privaten Umfeld, das passiert im Freundeskreis, das passiert in der Familie und das passiert bedauerlicherweise, und das ist dann sehr entbehrlich - auch Politikerinnen und Politikern. Das ist auch der Bürgermeisterin Mathiaschitz passiert. Und glauben Sie mir, das weiß die Bürgermeisterin auch ganz genau, dass ihre Aussage mehr als entbehrlich war und sie wird ihr wirklich leidtun!

Aber es ist auch eine Sitzung wie die heutige entbehrlich, weil sie nicht dem entspricht, was sich die Bevölkerung von uns in diesen Räumlichkeiten erwartet! Denn die Bevölkerung erwartet sich von uns, dass wir für sie arbeiten,

Sandrieser

dass wir für sie für die Zukunft Lösungen entwickeln, dass wir zuhören, welche Herausforderungen in der Gesellschaft für die Bevölkerung bestehen und dass wir hier herinnen debattieren, diskutieren und Beschlüsse fassen, die im Sinne der Bevölkerung sind und dass wir nicht Sandkastenspiele im übertragenen Sinne hier herinnen vollziehen. Ich denke, dass wir schleunigst wegkommen sollten von dieser Art der politischen Auseinandersetzung hier im Kärntner Landtag! Draußen in der Bevölkerung macht das nämlich den Eindruck, dass wir uns nur mit uns selber beschäftigen, dass es nur darum geht, was sagt der eine, was sagt der andere – Sandkastenspiele. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind gewählt für das, was ich vorher gesagt habe, für die Bevölkerung zu arbeiten. Die Bevölkerung erwartet sich das von uns zu Recht und darauf sollten wir uns besinnen. Wir sollten uns verabschieden von solchen Sonderlandtagen, wie er heute stattfindet und sollten uns den Themen widmen. Und das sollen wir vor allem im Sinne der Politik, der politischen Kultur machen. Stichwort Politikverdrossenheit, kennen wir alle. Wir sollten Partner der Menschen sein und auch als solche wahrgenommen werden. Ich habe auch gegoogelt, was „Compliance“ bedeutet. „Compliance“ bedeutet Zustimmung, Einhaltung – übersetzt aus dem Englischen – bedeutet auch Lernfähigkeit und Übereinstimmung. Stimmen wir in dem, was ich jetzt gesagt habe, bitte überein und beschäftigen wir uns in Zukunft mit dem, was die Bevölkerung von uns erwartet, womit wir uns beschäftigen sollen! Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ferdinand Hueter von der ÖVP. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Liebes Regierungsmitglied! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause und auch oben auf der Tribüne! Das ist ein spannendes Thema heute und es haben heute alle die Wortwahl sehr gedämpft. Also ich glaube, es hat je-

der bei sich auch, wie soll ich sagen, nicht ein schlechtes Gewissen, aber zumindest fühlt sich der eine oder andere vielleicht ertappt oder angesprochen. Diese Wortwahl vorher mit den „Sandkastenspielern“, ja, so kann man es vielleicht auch umschreiben. Ich habe überhaupt nichts gegoogelt, aber ich glaube eines – und das hat diese Wortwahl schon gezeigt – wir haben eine gewisse Unkultur in der Politik zugelassen. Und es gehört heute zum politischen Geschäft, den Mitbewerber bewusst anzuputzen. Da geht es nur um die Botschaft und um sonst gar nichts. So ehrlich müssen wir miteinander auch reden, weil sonst wird uns die Bevölkerung auch ein anderes Zeugnis ausstellen. Und ich fühle mich da eigentlich nicht als Moralapostel, ganz im Gegenteil. Aber eines ist, glaube ich, auch klar: Die Selbstverantwortung, von der wir alle reden, die müssen wir auch leben, jeder Einzelne, sei es da herinnen im Landtag, sei es in den Gemeinden, sei es als Bürgermeisterin. Und es steht mir überhaupt nicht zu, hier die Aussage zu kommentieren. Sie war sicher nicht in Ordnung, sie muss aber selber wissen, was sie da gesagt hat und was für eine Folgewirkung damit eigentlich in Gang gesetzt wurde. Das, glaube ich, sollte man nicht unterschätzen. Die Bevölkerung ist da sehr sensibel, und oft einmal werden auch gewisse Äußerungen – das möchte ich auch einmal sagen – von Journalisten bewusst falsch interpretiert. Mir ist es selber auch schon einmal so gegangen, dass ich etwas, das ich ganz anders gemeint habe, am nächsten Tag in der Zeitung dreimal lesen habe müssen, damit ich selber noch gewusst habe, was ich da gesagt habe. Und das geht ein bisschen weiter. Das ist auch Teil dieses Spiels, dieses politischen Spiels, dieser politischen Unkultur. Da sollten wir uns schon alle selber ein bisschen mehr am Riemen reißen bei der Wortwahl. Und ich sage auch, ich halte ehrlich gesagt nicht viel von diesen „Spielregeln Neu“ oder wie immer man sie bezeichnet. Glaubt mir eines, ein bisschen Emotion muss auch in der Politik noch möglich sein, weil sonst haben wir alles Leute vorn, die so schön halbwarm und „ach ja, tua ma hält“ sagen. Das wissen wir alle, weil dann geht nichts weiter. Also ein bisschen Emotion muss da sein, die Wortwahl muss überlegt sein. Deswegen sind wir auch alle aufgefordert, hier den Beitrag, den jeder imstande ist zu machen, auch zu leisten.

Hueter

Ich möchte aber schon auch eine Unkultur – und das ist, glaube ich, auch ein System, und da spreche ich schon auch ein bisschen die SPÖ an – das geht von Silberstein über Sucher, über Kucher, das geht durch, das geht herunter bis zum Gemeindereferenten, dem man ganz bewusst unterstellt – und einige sind sogar ertappt worden und die werden noch befördert. Also das wäre ungefähr so, das kann ich jetzt als Jäger sagen, wenn man einen Wilderer beim Wildern ertappt und den dann zum Landesjägermeister macht. Das käme wahrscheinlich bei der Bevölkerung draußen so an, die würde sagen, „ja, spinnen die“? In der Politik ist das gang und gäbe, dass Leute, die öffentlich oder bewusst etwas gemacht haben, auch das Mandat zurücklegen und dann werden sie noch politisch befördert. Ich glaube nicht, dass das ein gutes Bild macht, aber das ist auch Teil dieses Systems. Sich dann hintennach halbherzig zu entschuldigen, das ist in meinen Augen das Mindeste, aber die Botschaft hat stattgefunden und die Botschaft war eine andere. So ehrlich müssen wir auch sein, alle miteinander, dass es um die Botschaften geht, die wir nach außen transportieren! Wenn wir da jetzt hergehen und hintennach sagen, tut mir leid, ja, das ist in Ordnung und das ist auch der Anstand. Das ist genau das, was ich früher mit der Emotion gemeint habe. Aber die Botschaft bleibt übrig und das ist das, was draußen bei den Leuten ankommt. Deswegen glaube ich, ist es ein Maß der Dinge, dass sich jeder ein bisschen zurückhält und hier vielleicht in Zukunft diese Dinge etwas anders bewertet.

In der Politik – und das habe ich auch gelernt als Bürgermeister, ich schaue da ganz richtig zu meinem ehemaligen Gemeindereferenten – wenn man da noch angezeigt wird für Leistungen und dann per Weisung das zu einer Staatsanwaltschaft weitergeleitet wird, ist das auch eine Unkultur. Und ich glaube, wenn man mit jemandem, bevor man das weiterleitet, nicht einmal redet, (*Vorsitzender: Halbe Minute Redezeit!*) dann zeigt das den hohen Wert in unserer politischen Gesellschaft. Mehr will ich dazu nicht sagen, das wird sich dann eh weisen. Aber das ist auch ein Teil davon, dass Leistung, von der alle da reden, so bestraft wird. Und da muss man jetzt sagen, da hat man auch innerlich ein bisschen Bauchweh, weil ich glaube, wir sind von der Bevölkerung gewählt worden, und die Be-

völkerung weiß, wem sie das Vertrauen schenkt und wem nicht.

Und der abschließende Satz kann nur heißen: Politik braucht mehr Hausverstand für die Zukunft, mehr Eigenverantwortung. Und, wie auch du gesagt hast, wir müssen für die Bevölkerung arbeiten und sichtbare Zeichen hinterlassen, dann wird uns auch die Bevölkerung mehr Achtung schenken. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion, von Abg. Rauter und Abg. Staudacher.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin am Wort ist die Frau Abgeordnete Dieringer-Granza von den Freiheitlichen. Ich erteile ihr dieses!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Haus und zu Hause vor den Bildschirmen! Ich möchte kurz auf die Wortmeldung des Kollegen eingehen betreffend die Auswahl eines Themas für einen Sonderlandtag oder für eine Aktuelle Stunde. Ich denke mir, auch das ist ein Recht, ein demokratisches Recht, das es gibt, dass man sich ein Thema aussucht, das vielleicht so manchem nicht so angenehm ist, öffentlich hier zu diskutieren. Es ist auch ein Thema, das in der Bevölkerung besprochen wird. Weil die Bevölkerung so oft zitiert wurde: Ja, auch dieses Thema diskutiert man landauf, landab und deshalb haben wir es auch als Grund gesehen, dieses Thema hier im Kärntner Landtag öffentlich anzusprechen. Es wundert mich auch, dass bisher keine einzige Frau hier beim Rednerpult gestanden ist, denn es ist unter uns Frauen hier auch eine gewisse Solidarität zu vermissen, Frauen, die sich gegenseitig wehren, verteidigen, die sich wehren gegen Angriffe, die getätigt werden, wenn man beleidigt oder beschimpft wird, egal, ob von einem Mann oder von einer Frau. Und auch hier ist es so, dass es ein Beispiel gibt, wie man oft etwas ins Netz hineinstellt und dann selbst nicht lebt, nämlich folgenden Satz: „Du hast ein Recht auf Würde, niemand darf dich beschimpfen.“ Dieser Satz ist zu finden – und ich gebe diesem Satz auch vollkommen recht – auf der Facebook-Seite der Kärntner SPÖ-Frauen. „Du hast ein Recht auf Würde, niemand

Dieringer-Granza

darf dich beschimpfen“ – liebe Kolleginnen und Kollegen, daher frage ich euch, warum habt ihr euch dieses Mal nicht zu Wort gemeldet? Wenn es jemand aus euren Reihen ist, der jemanden anderen – in dem Fall sogar auch eine Frau – wirklich mit würdenlosen Aussagen in den Mittelpunkt des Geschehens rückt? Dieses Beispiel zeigt auf, dass das, was wir oft reden, was wir schreiben, nicht wirklich in die Tat umgesetzt wird und immer nur in leeren Papieren endet. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Es werden Papiere, es werden Aussagen bis nach Brüssel getragen, wo es darum geht, dass Gewalt und Hass im Netz verurteilt werden. Doch wenn es in den eigenen Reihen passiert, dann herrscht Schweigen. Dann wird es hingenommen, und das ist nicht der Weg, der richtig ist und den wir gehen sollten.

Es ist auch so, dass heute die beiden Frauenreferentinnen, die Frauenreferentin außer Dienst und die derzeitige Frauenreferentin, durch Abwesenheit glänzen. Schade! Es wäre interessant gewesen, was sie dazu sagen, was sie dazu sagen, wenn eine Bürgermeisterin sich in der Wortwahl wohl eindeutig vergriffen hat und es keine wirkliche Klarstellung beziehungsweise Entschuldigung vor allem gegenüber den Hinterbliebenen gibt. Wenn irgendjemand hier auch einen Funken Mut hätte, dann würde er sich hier herausstellen, wirklich auch die Gelegenheit nutzen, nicht nur darauf zu warten, dass es manchmal einen Ordnungsruf gibt, wenn wir Frauen hier stehen, (*Vorsitzender: Halbe Minute noch!*) sondern würde wirklich ein Zeichen setzen und würde selbst positiv vorleben, indem er sagt, diese Aussage war gegenüber den Hinterbliebenen, gegenüber der Kollegin, gegenüber der sie gefallen ist, wirklich nicht zu verteidigen und nicht zu entschuldigen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Frau bitte ich die Frau Abgeordnete Patterer von der SPÖ ans Rednerpult!

Abgeordnete **Patterer** (SPÖ):

Geschätzter Landtagspräsident! Werte Regierungsmitglieder und Bundesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der

Tribüne und vor den Internetgeräten! Ich möchte diese Aktuelle Stunde jetzt nutzen, um mein erstes Jahr im Kärntner Landtag zu reflektieren. Ich habe mir vor allem in dem Jahr die Frage gestellt, wie kann man junge Menschen für politische Themen motivieren? Ich habe diesbezüglich viele Gespräche in meinem Bekanntenkreis geführt, aber auch mit anderen jungen Menschen, auch mit meiner 16-jährigen Schwester, die jetzt bei der EU-Wahl das erste Mal wählen darf. Und aus diesen ganzen Gesprächen ist ein Signal klar herausgekommen: Junge Menschen interessiert Politik nicht, wenn es zu gegenseitigen Anfeindungen kommt, zu Streit und zu unnötigen und unsinnigen Bemerkungen. Damit können wir junge Menschen nicht für politische Themen interessieren. Junge Menschen wollen einen sachlichen Diskurs, Politiker, die sich für ihre Wünsche, Träume, für ihre Zukunft einsetzen. Mein Ziel im Kärntner Landtag ist es klar, diese jungen Menschen zu vertreten. Und deshalb will ich in meiner politischen Tätigkeit einen neuen politischen Stil vorleben. Dieser politische Stil soll vor allem durch Respekt für das Gegenüber und seine Meinung geprägt sein. Es ist mir klar, dass es im politischen Geschehen zum Schlagabtausch kommt. Es ist mir auch klar, dass unterschiedliche Werte, Ideologien und Meinungen vertreten werden. Und das ist ein ganz wichtiger Aspekt der politischen Arbeit. Jedoch sollte der geprägt sein von Respekt und Wertschätzung des Gegenübers. Und schlussendlich sollte man doch auf einen gemeinsamen Konsens kommen, um Lösungen für die Bevölkerung zu erarbeiten. Es ist auch klar, dass Fehler menschlich sind. Und wer denkt, fehlerfrei zu sein, der werfe bitte den ersten Stein! Wenn es aber dann zu Fehlern kommt, ist es wichtig, dass es zu einer entsprechenden Fehlerkultur kommt und auch zu einer Entschuldigung.

Ich möchte aber auch festhalten, dass ich nicht der Meinung bin, dass ein freies Mandat mit Compliance-Regeln oder Sanktionsmaßnahmen eingeschränkt werden darf. Es liegt an jedem Einzelnen hier herinnen, sich vor dem Gegenüber wertschätzend und respektvoll zu verhalten. Und das ist auch das, was die Wählerinnen und Wähler von uns wollen und nicht das gegenseitige Auflisten und Erheben von Fehlern aus der Vergangenheit. Ich glaube, wir sind die gewählten Volksvertreter – nehmen wir das zum Anlass und blicken gemeinsam nach vorne! Danke!

Patterer

(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner am Wort ist der Abgeordnete der ÖVP, Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Ja, wir brauchen einen anderen Stil! Ja, die Kärntner Bevölkerung hat einen anderen Stil verdient, meine Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Referent! Liebe KollegInnen des Hauses! Liebe Zuhörer hier im Hause und an den Internetgeräten! Wir haben die Aufgabe, Politik für die Menschen zu machen und nicht ein Gegeneinander der politischen Parteien, des politischen Wettbewerbes. Die Frage, die sich für mich immer stellt, ist: Wie gehen wir miteinander um, wie im direkten Gespräch, in den Presseaussendungen, im Interview, in den sozialen Medien? Geht es hier nur um die Schlagzeile? Stehe ich morgen in der Zeitung oder nicht, egal, welcher Inhalt das ist? Zu einer Schlagzeile ist anscheinend so manchem und so mancher jedes Mittel recht! Danach, im persönlichen Gespräch unter vier Augen: „Du weißt ja, ich habe es ja nicht so gemeint. Ich habe es nur getan wegen dem!“ Aber das Bild nach außen, meine Damen und Herren, ist katastrophal! Es gibt kaum eine Berufsgruppe, kaum einen Berufszweig, der alles daran setzt, dass sein Image von Tag zu Tag schlechter wird! Was hilft da? Im Grunde genommen, Vorbild zu sein. Vorbild, was ist das? Das ist ein mustergültiges Beispiel, das richtungsweisend ist für die Zukunft, wo wir sagen können, jawohl, in diese Richtung möchten wir gehen, genauso möchten wir miteinander umgehen. Ein Vorbild für alle! Warum müssen wir immer Untergriffe, persönliche Beleidigungen, persönliche Diffamierungen und Anzeigen machen? Warum nicht einfach in der Sache reden, streiten auf hohem Niveau? Muss alles durch Hass begleitet sein? Nein, ein klares Nein, muss es nicht! Es ist Zeit, Zurückhaltung zu üben! Wir leben gemeinsam, wir arbeiten gemeinsam in einem wunderbaren Land. Wir arbeiten gemeinsam für ein wunderbares Land. Nehmen wir diese Energie, die wir

hier verwenden, genau für diese Themen, für das Gegeneinander für das Miteinander, für unsere Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für die Pflege, für die Bildung, für die Gesundheit und vieles mehr! Denn das interessiert unsere Menschen vor Ort draußen: Was habe ich morgen auf meinem Konto, wenn ich arbeiten gehe? Wie kann ich die Pflege sicherstellen? Dann gibt es, meine Damen und Herren, keine Zeit für solche Spielchen, keine Zeit für Anzeigen, keine Zeit für Vernaderung. Wenn es darum geht, jetzt Regeln aufzustellen, meine Damen und Herren: Wir brauchen Menschen, die das vorleben und nicht Regeln, die vorschreiben für Menschen, die das gar nicht können! Deswegen glaube ich, meine Damen und Herren, ist es wichtig, Vorbild zu sein auf allen Ebenen! Wie sollten solche Regeln kontrolliert werden? Kontrolliert werden sie im Endeffekt von der Bevölkerung bei den demokratischen Wahlen. Ich kann nur sagen, wenn wir als Bürgermeister vor Ort draußen, die Einzigen, die in Österreich direkt gewählt werden, solche Maßnahmen setzen, dann werden wir wahrscheinlich in Zukunft durchaus nicht erfolgreich sein. Geschmacklosigkeiten brauchen wir in der Politik nicht! Wir brauchen sie nicht für unseren Berufszweig, wir brauchen sie nicht für die Bevölkerung! Die Bevölkerung hat, wie ich schon erwähnt habe, jeden Tag und jede Stunde einen anderen Stil, einen wesentlich anderen Stil im direkten Miteinander verdient! Wir haben so große Aufgaben, die wir zu bewältigen haben in unserem Kärntnerland, die die Zukunft entscheidend mitbestimmen werden. Wir haben Abwanderung. Wir haben ein Bevölkerungsdefizit, -rückgänge. Wie gehen wir mit dem ländlichen Raum um? Wie gehen wir mit der Bildung um? Und viele andere Dinge mehr. Das ist unsere Aufgabe, die wir in Zukunft bewältigen werden müssen. Da gibt es nur ein Miteinander und kein Gegeneinander, ein qualifiziertes, hochprofessionelles Diskutieren über die Themen und ein würdevolles Umgehen miteinander! Das wird die Zukunft bestimmen. Und wenn sich jeder an diese Regeln hält, dann werden wir in Zukunft gemeinsam viel für unser Kärntnerland erreichen. Und das wollen wir im Endeffekt für unsere Bevölkerung, die einen anderen Stil wahrlich verdient hat! (Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächstem Redner darf ich dem Abgeordneten Staudacher von den Freiheitlichen das Wort erteilen!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hochgeschätzter Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Werte Zuhörer! Geschätzte Damen und Herren! Einleitend – und das ist mir persönlich sehr wichtig, und das habe ich natürlich auch schon des Öfteren hier im Kärntner Landtag gesagt und zu dem stehe ich: Ich schätze Landeshauptmann Peter Kaiser sehr! Ich pflege mit ihm einen respektvollen Umgang. Das mache ich selbstverständlich auch mit jedem anderen politischen Mitbewerber. Für mich ist es selbstverständlich, wie gesagt und bei uns in Oberkärnten nennt man das eine „gute Kinderstube“. Nur eines, geschätzte Damen und Herren, und das nehme ich heute auch zum Anlass, man sollte ein wenig selbstkritisch sein! Ich stehe auch nicht an, mich als Abgeordneter herzustellen, der selbstverständlich auch das eine und das andere Mal spitz formuliert, das eine oder andere Mal natürlich Themen auf den Punkt bringt. Nur eines, geschätzte Damen und Herren, und das ist der Unterschied – nie persönlich verletzend oder persönlich beleidigend! Und das, geschätzte Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, mit Verlaub, was höchste SPÖ-Funktionäre in den letzten Monaten hier vom Stapel gelassen haben, erschüttert mich persönlich - und ich gehe davon aus, auch viele andere, die hier in den Reihen sitzen, - in ihren Grundfesten! Diese Aussagen, geschätzter Herr Landeshauptmann, verletzen, beschädigen die Politik insgesamt und vor allem zeichnen sie von Kärnten ein Bild, das für mich ein katastrophales ist! Nur eines, geschätzte Damen und Herren – und ich habe den Ausführungen sehr genau zugehört und das ist mir hier von den Vorrednern der SPÖ abgegangen – ich habe keine Entschuldigung gehört für diese Ausritte, die hier passiert sind und ich habe auch kein kritisches Wort dazu gehört! Und das hätte ich mir erwartet! Wenn man sich den Werte-Kompass der SPÖ ansieht – und ich habe mir den angeschaut, der geschätzte Herr Landeshauptmann hat hier auch maßgeblich mitgearbei-

tet – dann möchte ich hier etwas zitieren. Zitat aus dem Werte-Kompass der SPÖ: „Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Politik. Respekt gegenüber der Würde des Menschen ist essentieller Teil unserer sozialdemokratischen Werte-Ordnung.“ Ja, Herr Landeshauptmann, wo spiegelt sich denn dieser Wertekompass wider, wenn ich mir die Aussagen Ihrer Funktionäre vor Augen führe? Ich würde meinen – und das fordere ich hier als Abgeordneter des Kärntner Landtages von Seiten des Landeshauptmannes als moralische Instanz Kärntens, als höchster Vertreter unseres Landes ein, auch gegenüber den eigenen Mandatären klare Worte zu finden! Herr Landeshauptmann, das geht mir ab, denn diese klaren Worte haben bis heute nicht stattgefunden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Jetzt möchte ich noch auf ein paar Redner replizieren. Der Kollege Sandrieser hat von Sandkastenspielen gesprochen, andere mit Schmutz bewerfen. Das ist verwerflich, da gebe ich dir recht. Nur, Kollege Sandrieser, hier am Rednerpult zu stehen mit dem mahnenden Zeigefinger und zu formulieren, andere mit Schmutz zu bewerfen ist verwerflich und dann aber auf der einen Seite – und diese Kritik muss gestattet sein – in einer Partei verankert zu sein, die im Nationalratswahlkampf Tal Silberstein engagiert hat für Dirty Campaigning! Und, geschätzte Damen und Herren, jeder, der in der Politik tätig ist, weiß, dass dieser Herr ein Meister seines Faches ist und genau für das abgestellt! Das ist für mich heuchlerisch! Entschuldigung für die Wortwahl, aber das passt nicht und ist nicht in Ordnung! Hier hätte ich mir auch einmal eine Distanzierung erwartet von denjenigen, die sich heute hier herausstellen und sagen, andere mit Schmutz bewerfen! Denn was war denn das, außer dass man andere mit Schmutz bewirft im Internet mit Fake-Profilen (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) und sie in ein schlechtes Licht rückt, geschätzte Kollegen? Das ist die Wahrheit!

Und abschließend, weil mir das wirklich aufstößt, den nenne ich jetzt beim Namen, das ist der Herr Nationalratsabgeordnete Knes, höchster Vertreter der Sozialdemokratie in Kärnten! Der Herr Nationalratsabgeordnete Knes hat in der Vergangenheit rund um den Zwölf-Stunden-Tag ja auch schon mit Fake News brilliert, wo er behauptet hat, dass bei der Firma Mondi aufgrund des Zwölf-Stunden-Tages (*Vorsitzender:*

Staudacher

Schlussatz, bitte! Die Redezeit ist abgelaufen!
70 Arbeitsplätze verlorengehen werden. Danke, Herr Präsident! Schlussatz: Ich finde es skandalös, dass der Herr Abgeordnete Knes Freiheitliche Wähler als schwerkrank beschimpft! Und genau diese Wortwahl, gekoppelt mit den Entgleisungen der Vergangenheit, zeigt dieses Sittenbild, das in der SPÖ mittlerweile leider System ist! Herr Landeshauptmann, bitte sorgen Sie für Ordnung in Ihren Reihen! Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzten Redner in der Aktuellen Stunde habe ich die Wortmeldung des Herrn Landeshauptmannes vorliegend. Herr Landeshauptmann, ich darf dir das Wort erteilen! Moment, ich muss noch die entsprechende Umstellung vornehmen! Das Mikro ist offen. Bitte!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Regierungskollege! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und daheim! Vorweg ganz klar und unmissverständlich an jede Einzelne und an jeden Einzelnen: Ich bedaure zutiefst die getätigten Äußerungen oder die auf Social Media geposteten Inhalte, die andere Personen verletzt haben oder die beleidigend gewirkt haben, insbesondere jene, die von Vertreterinnen und Vertretern meiner Partei geschehen sind! Obwohl das nicht ungeschehen gemacht werden kann, halte ich fest, dass in jedem einzelnen Fall – und darauf habe ich persönlich auch Wert gelegt – die sofortige Löschung und/oder Entschuldigung durch die Betroffenen erfolgte. Das war nicht immer bei anderen der Fall. Damit werden Dinge nicht ungeschehen gemacht, geschätzte Damen und Herren, und das ist mir auch völlig klar, aber das Einbekenntnis eines Fehlverhaltens ist das Minimum, das ich einfordere! Wertekataloge hin oder her, die SPÖ hat jedenfalls einen solchen, meine geschätzten Damen und Herren. Lieber Kollege Darmann, „Die Wahrheit ist ein Kind der Zeit“, hast du zitiert. Wie wahr ist das? Ich zitiere jemand anderen: „Bewusste Eskalation ist das Hauptmittel der Populisten.“

Und das stammt nicht von einem heute an den Pranger gestellten Sozialdemokraten oder einer Sozialdemokratin, das sind beschreibende Worte in einem Kärntner Medium, ein Geständnis, veröffentlicht in einem Medium eines Ihrer ehemaligen Generalsekretäre hinsichtlich einer Strategie eines Planspiels, welches dann auch tatsächlich gegen ein damaliges Mitglied der Landesregierung angewandt wurde. Daher ist mir wichtig, eines auszusprechen, weil ich für Einbekenntnisse von Schuld bin, aber auch für klare Worte, wie es in der Zukunft zu- und weitergehen sollte. Ohne zu verharmlosen und ohne irgendetwas an Gesagtem zu exkulpieren, möchte ich doch differenzieren zwischen einmaligen Geschehnissen und geplanten, bewussten und gezielten Vorgehen als Stilmittel. Beides ist verwerflich, aber trotzdem zeigt es auch die gehandhabte politische Bandbreite auf, die in der heutigen Zeit letztendlich leider auch Verwendung findet. Daher ist es mir wichtig, dass sich die Politik darauf besinnen sollte – und das trifft bei mir zu bis zu jedem und jeder anderen, bei allen, die in der Politik tätig sind – wir sollten uns darauf besinnen, Vorbild zu sein! Der Weg dorthin mag für viele ferner denn je erscheinen, aber er ist letztendlich alternativlos.

Gestatten Sie mir abschließend noch eines zu sagen, auch als mein persönliches Resümee dieser heutigen Sonderlandtagssitzung, die das ja letztendlich auch bestätigt: Ich werde mich auch weiterhin für eine gesetzliche Regelung, die alle ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit gleich behandelt, für Maßnahmen, wenn sie wie Hass-Postings gesetzt werden, einsetzen! Ich werde das tun in Brüssel, ich tue das bei der Landeshauptleute-Konferenz und ich tue das auch in Gemeinsamkeit mit dem Herrn Bundesminister Moser, der diesbezüglich bereits gemeinsam mit den Landeshauptleuten Vorbereitungen getroffen hat. Dass es notwendig ist, zeigt diese heutige Sitzung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben damit die Aktuelle Stunde in exakt einer Stunde abgearbeitet.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung. Bevor wir in diese einsteigen, darf ich nochmals darauf hinweisen, dass das Vorliegen von Dringlich-

Ing. Rohr

keitsanträgen und -anfragen spätestens eine Stunde nach Eingehen in die Tagesordnung, also um 10 Uhr 14 endet. Aufgrund der Dauer der Sitzung ist zu erwarten, dass die Behandlung

zumindest eines vorliegenden Dringlichkeitsantrages am Ende der Tagesordnung erfolgt.

Tagesordnung

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Ldtgs.Zl. 101-16/32:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungsmanagement zur Regierungsvorlage betreffend Kärntner Bauinvestitionsprogramm; Bauinvestitionsvolumina 2019**

Ich darf der Frau Berichterstatterin Waltraud Rohrer das Wort erteilen.

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Werte Abgeordnete! Werte Zuseher im Hause und mittels Livestream! Wie bereits eingeleitet, berichte ich zum Tagesordnungspunkt 1, Ldtgs.Zl. 101-16/32.

Es handelt sich hierbei um eine Regierungsvorlage betreffend das Bauinvestitionsprogramm und -volumen für 2019. Das Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2019 beläuft sich beim Land Kärnten aufgeteilt auf die einzelnen Fachabteilungen, die jeweiligen kommunalen Verbände sowie die ausgegliederten Gesellschaften, die KABEG, auf Basis des Budgets 2019 auf insgesamt € 436.769.000,--, das Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2019 bei den erfassten öffentlichen Firmen wie ASFiNAG, ÖBB, BIG oder KELAG in einem Ausmaß von rund 491 Millionen Euro, und die im Rahmen des Kärntner BIP erfassten öffentlichen Auftraggeber investieren daher im Jahr 2019 insgesamt € 928.212.000,--. Eine beträchtliche Summe. Es wurde im Ausschuss diskutiert, und ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Mir liegen entsprechende Wortmeldungen vor. Als erstem Redner darf ich dem Abgeordneten von der SPÖ, Luca Burgstaller, das Wort erteilen. Bitte ihn, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Abgeordneter **Burgstaller** (SPÖ):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Werter Referent! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Das Kärntner Bauinvestitionsprogramm wird seit 2017 veröffentlicht und veröffentlicht die Bauinvestitionen des öffentlichen Bereiches und ist somit ein wichtiger Indikator für Bauinvestitionen, für die Bauwirtschaft, aber auch für die gesamte Kärntner Wirtschaft. Wir haben in diesem Bauinvestitionsprogramm 2019 ein sehr erfreuliches Ergebnis, was auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes unterstreicht. Wir haben ein Investitionsvolumen in den Referaten des Landes und den landesnahen Gesellschaften von € 136.769.000,--. Das bedeutet 436 Millionen Euro Investitionen in die Bauwirtschaft in diesem Bereich, aufgeteilt auf den Hochbau 270 Millionen Euro, im Tiefbau 166 Millionen Euro. Darin spiegeln sich auch die Investitionen im Zuge der Straßenbau-Offensive im Bereich der Landesstraßen wider. Wir haben 74 Millionen Euro im Bereich der Landesstraßen, des ländlichen Wegenetzes oder der Gemeindestraßen. Das ermöglicht 220 Projekte im Zuge der Straßenbau-Offensive der Landesstraßen und wir machen hier eine ganz, ganz wichtige Investition in den Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Aber auch bei den weiteren öffentlichen Auftraggebern wie beispielsweise ÖBB, ASFiNAG oder KELAG können wir eine sehr erfreuliche Entwicklung beobachten. Es ist in diesem Bereich gelungen, durch entsprechende Verträge langfristige Inves-

Burgstaller

tionen abzusichern beziehungsweise Investitionen vorzuziehen. Wir sehen hier Investitionen von € 491.443.000,-- und hier logischerweise eine andere Aufteilung von 93 Millionen Euro im Hochbau und 390 Millionen Euro im Tiefbau durch diese Bauinvestitionen dieser öffentlichen Auftraggeber. Dadurch ergibt sich insgesamt ein Bauinvestitionsvolumen von € 928.212.000,-- in die Bauwirtschaft und somit in die Infrastruktur unseres Landes. Verglichen mit dem Jahr 2018: Da haben wir 100 Millionen Euro weniger investiert, nämlich 832 Millionen Euro. Das bedeutet, wir sehen hier diese positive Entwicklung im Bereich der Kärntner Bauwirtschaft und somit auch wichtige Impulse für die Wirtschaft und Beschäftigung in Kärnten, denn umgerechnet bedeuten diese 828 Millionen Euro an Investitionen in die Bauwirtschaft 10.000 Arbeitsplätze, die dadurch ganzjährig abgesichert werden.

Und diese positiven Beschäftigungs- und Infrastruktur-Effekte sehen wir dann auch, wenn wir das Wirtschaftswachstum des Landes Kärnten oder die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Kärnten betrachten. Und das ist zurückzuführen in diesem Bereich der Bauinvestitionen auf die entsprechenden Verhandlungen mit den jeweiligen Gesellschaften, aber auch die Bereitschaft des Landes Kärnten, diese öffentlichen Investitionen vorzunehmen. Und ich glaube, wie wichtig diese öffentlichen Investitionen sind, das sieht man auch, wenn man eine volkswirtschaftliche Betrachtung macht. Wir sehen hier eine kurzfristige Ankurbelung der Wirtschaft und Beschäftigung, andererseits aber auch zusätzliche Anreize vor allem auch für private Unternehmen, hier zusätzliche Investitionen zu tätigen. Wir sichern mit diesen Investitionen auch unser langfristiges Wachstumspotential ab und machen hier auch für zukünftige Generationen ganz, ganz entscheidende Impulse.

Ich glaube, wir haben im Ausschuss auch etwas besprochen, was der Präsident Lobnig angesprochen hat, und ich halte das für einen wichtigen Punkt, auch im Sinne der Transparenz gegenüber den Abgeordneten, bei der nächsten Vorlage dieses Bauinvestitionsprogramms einen Soll- und Ist-Vergleich anzustellen, um dann auch die geplanten mit den wirklich getätigten Investitionen für die Abgeordneten nachvollziehbar zu machen. Das wurde uns auch von den Mitarbeitern zugesichert und wir werden das dann bei der nächsten Vorlage entsprechend machen. Somit

können wir diesem Bauinvestitionsprogramm 2019 auch von unserer Fraktion mit Freude die Zustimmung erteilen! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident, Josef Lobnig. Ich erteile ihm das Wort!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, im Finanzausschuss habe ich auch aus Freiheitlicher Sicht diese Anregung gemacht, nachdem das Bauinvestitionsprogramm 2019 eine Planungsrechnung ist, dass wir dann auch – das hätte ich mir gewünscht, wie auch in der Vergangenheit – einen Ist-Vergleich bekommen. Das heißt, wenn solche Investitionen in dieser Größenordnung geplant sind, jetzt natürlich auch für die Kärntner Bauwirtschaft präsentiert werden und das auch eine positive Stimmung in der Wirtschaft erzeugt, so ist es auch immer wichtig für die Wirtschaft und auch für uns Abgeordnete, zu wissen, wie viel tatsächlich von den Beträgen auch in die Umsetzung gelangt ist. Das heißt, wie viele Aufträge wurden auch abgearbeitet. So ist das Bauprogramm und das Investitionsprogramm 2019 sicher ein positives Zeichen auch für die Kärntner Wirtschaft.

Das zeigt aber auch, dass mit diesem Investitionsprogramm auch die Bundesregierung kräftig mitinvestiert, das möchte ich auch besonders hervorstreichen. Alleine die ASFiNAG, die ÖBB und die Bundesimmobiliengesellschaft werden in diesem Jahr in Kärnten rund 365 Millionen Euro investieren. Das zeigt aber auch und das vergegenwärtigt, dass mit diesen öffentlichen Investitionen, sowohl von Bund als auch Land, insgesamt rund 10.000 Arbeitsplätze abgesichert und ausgelastet werden. Der Bund trägt mit seinen Investitionen im Jahr 2019 mit rund 4.000 Arbeitsplätzen einen großen Teil zum positiven Beschäftigungseffekt in der Kärntner Baubranche bei. Denken wir an die Investitionen in die Bahn, so werden heuer vom Bund auch insgesamt rund 215 Millionen Euro in das Kärntner

Lobnig

Schiennetz investiert. Im Finanzierungszeitraum 2018 bis 2023, das heißt, in den nächsten fünf Jahren, sind es sogar 1,7 Milliarden Euro an Bundesinvestitionen in Kärnten, und ich glaube, das ist auch ein deutliches Zeichen. Damit stellen die ÖBB und der Bund auch die Weichen für eine zukünftige, moderne, umweltfreundliche Bahn für die Kärntnerinnen und Kärntner. Alleine die Koralmbahn, dieses Jahrhundertprojekt für Kärnten, für Österreich, aber auch für Europa, zeigt, dass dies natürlich umgesetzt werden muss, und es wird auch sehr kräftig und mit Hochdruck daran gearbeitet. Mit der Fertigstellung, mit der geplanten Fertigstellung im Jahr 2025 können dann sogar Fahrgäste in nur 45 Minuten von Klagenfurt nach Graz reisen. Das ist auch ein Anreiz zum Umstieg vom Auto zur Bahn. Das heißt, Reduzierung der Schadstoff-Emissionen, wenn hier der Bund diese Anreize forciert. Es werden darüber hinaus aber auch Investitionen getätigt in 150 Park & Ride-Stellplätze und in 235 Zweirad-Stellplätze. Park & Ride hat den Sinn, dass man in Fahrgemeinschaften zum Arbeitsplatz gelangt und damit auch den PKW-Verkehr ganz stark reduziert. Das heißt, Kärnten ist mit Unterstützung des Bundes auch Vorreiter bei klimafreundlicher Mobilität. So werden im Jahr 2019 mehrere E-Ladestationen in Kärnten in Betrieb genommen wie beispielsweise in Pörschach, in Wolfsberg und auch in Mallnitz. Damit sind auch die ÖBB ein ganz, ganz wichtiger Player in der Reduktion der Treibhausgase. Das heißt, wer mit dem Zug fährt, verursacht nur ein Fünftel der Emissionen, die er sonst mit dem Auto erzeugen würde. Das muss man sich eben vor Augen führen, und das ist, glaube ich, ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Jetzt muss aber auch die Kärntner Landesregierung nachziehen und wie in den anderen Bundesländern auch die Bus- und Bahnpreise für die Kärntner Pendler günstiger machen, wie es die anderen Länder schon gezeigt haben. Hier hat auch die Kärntner FPÖ bereits mehrere Initiativen im Kärntner Landtag gesetzt und wir hoffen, dass auch die Landesregierung hier umdenkt.

Noch kurz zur ASFiNAG: Viele klagen ja über die langen Baustellen auf den Schnellstrecken, auf der A2 beispielsweise. Wenn wir wissen, wie viele Jahre schon die Bundessanierungen stattfinden im Bereich der Strecke von Klagenfurt Richtung Völkermarkt oder jetzt von Wolfsberg

Richtung Graz, wenn wir diese Investitionen hernehmen, dann ist das immer für die Autofahrer. Das ist auch lästig, weil man halt Fahrbeschränkungen hat, Tempolimits, Sackgassen, Flaschenhalsführungen. Aber letzten Endes geht es um die Sicherheit dieser Tunnel und auch die ASFiNAG investiert heuer in Kärnten rund 86 Millionen Euro. Der Karawankentunnel – ganz wichtig! – wird im Jahr 2019 weiter saniert und es wird mit dem Neubau der zweiten Tunnelröhre begonnen. Die Fertigstellung erfolgt bis zum Jahr 2022. Das heißt, Bundesinvestitionen von rund 261 Millionen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das sind Zeichen für die Kärntner Bauwirtschaft, weil der Bund einfach auch diese Maßnahmen unterstützt und sagt, egal welche Regierung dort ist, hauptsächlich wichtig ist, dass hier Bauwirtschaft betrieben wird und dass wir das Geld vom Bund nach Kärnten bekommen.

Sonstige Projekte, die noch zu erwähnen sind: Die Sicherheitsinvestitionen, die ja schon lange immer gefordert werden. Ausbau S 37: Hier werden Sicherheitsinvestitionen zwischen St. Veit und Klagenfurt erforderlich und die werden auch umgesetzt, und auch die Tunnel-Sanierungen, wie gesagt, auf der A2. Das heißt, mit einem Satz abschließend kann man sagen: Die Bundesinvestitionen im Jahr 2019 in Kärnten zeigen, diese Bundesregierung tut Kärnten gut! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Herbert Gaggl von der ÖVP. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Es gibt wieder Baustellen, es gibt wieder Kräne, die man sieht im Kärntnerland. Es gibt Straßensperren, die zwar nicht jedem passen, aber diejenigen, die die Aufträge abarbeiten in diesem Bereich, die sind froh darüber, das sind Arbeitsplätze, das ist Wertschöpfung in unserem Kärntnerland! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Hause und an den Internetgeräten! Es gibt eine positive Stimmung. Eine positive Stim-

Gaggl

mung, was Investitionen betrifft. Man hat wieder den Mut, zu investieren und zu sagen, ja, ich glaube an unser Land, ich glaube an die Zukunft. Es ist eine gute Stimmung auch im Team, wo das Bauinvestitionsprogramm eben besprochen und auch festgelegt wird. Land und auch die Wirtschaftskammer, wo die Planer, die Baumeister, die Installateure bis zu den Asphaltierern und so weiter alle zusammensitzen, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie können wir alle die Infrastruktur in Kärnten verbessern, wie können wir die Voraussetzungen schaffen, dass wir im Endeffekt wieder Zukunft haben. Es ist vor allem auch, um wieder auf die heutige Aktuelle Stunde zu kommen, ein guter Stil in diesem Bereich. Es wird hart diskutiert, es wird durchaus kontroversiell diskutiert, aber im Endeffekt immer zielorientiert. Hier können wir uns gemeinsam in diese Richtung entwickeln. Wenn wir schauen, dass man im Landesbereich 436 Millionen Euro an Investitionsprogramm hat und der Rest, die 491 Millionen, die vom Bund kommen, 928, also fast 1 Milliarde ist ja nicht irgendetwas! Hier zeigt sich auch wieder die wunderbare Zusammenarbeit zwischen Land und Bund. Man muss auch wirklich sagen, ohne Bund wäre das weniger als die Hälfte, das muss man auch einmal klar sehen. Es gibt deswegen nicht ein Gegeneinander, sondern es gibt immer nur ein Miteinander. Das zeigt hier, was wir im Endeffekt miteinander erreichen können. Fast 10.000 Arbeitsplätze sind damit gesichert, manche werden auch geschaffen. In manchen Bereichen können leider, das muss man auch dazusagen, Aufträge nicht angenommen werden, weil die Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen. Das ist ein Riesenproblem in diesem Bereich, deswegen müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass der Fachkräfte-Mangel beseitigt und die Ausbildung in diesem Bereich wesentlich verbessert wird. Das sind Aufträge für die Kärntner Firmen, darüber sind wir froh! Jede Kärntner Firma, die einen Auftrag hat, kann einen Arbeitsplatz schaffen, kann einen Lehrplatz schaffen, die bringt wieder Wertschöpfung im Wertschöpfungskreislauf, die kann intern wieder Aufträge vergeben. Deswegen kann man nur sagen, Gott sei Dank gibt es dieses Programm, gibt es die Mittel dafür, dass wir in diese Richtung weiterarbeiten können!

Hier sind auch die Investitionen der Kärntner Gemeinden enthalten. Ohne die Gemeinden

würde vieles nicht passieren. Es gibt in den Gemeinden vor Ort draußen großen Nachholbedarf, zum Beispiel im Straßenbaubereich, auch im Hochbau- und im Tiefbaubereich. Da ist meine Bitte, auch mein Wunsch an die Verantwortlichen des Landes, an die Kärntner Landesregierung, absolut dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden jene Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und dass die Mittel auch belassen werden, damit sie vor Ort investieren können! Denn im Endeffekt leben dort die Menschen und dort brauchen wir die Infrastruktur wohl am dringendsten! Deswegen: Ohne Mittel für Investitionen in den Gemeinden werden die notwendigen Infrastrukturen in unserem Kärntnerland nicht zur Verfügung stehen. Das ist ein ganz wichtiger Auftrag für die Zukunft, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen! Denn wenn alle Mittel für Pflichtausgaben weg sind, wo die Gemeinden den Einfluss nicht haben, dann werden wir es in Zukunft sehr schwer haben. Dann hilft uns im Endeffekt auch die Hochleistungsbahn, die HL-Bahn nichts, wenn wir die notwendigen Zubringer nicht haben, wenn wir den Mikro-ÖV nicht haben. Daran müssen wir intensiv gemeinsam arbeiten!

Ich möchte noch dazusagen, dass es intensive Investitionsprogramme im Kärntner Landesstraßennetz gibt. Die Regierung, im Besonderen Landesrat Gruber versucht, Initiativen zu setzen und zu sagen, das ist wichtig. Projekte, die oft jahrzehntelang im Nebenraum eingesperrt waren, werden herausgeholt und umgesetzt. Auch das trägt zu dieser Beschäftigung und zur Wertschöpfung in unserem Kärntnerland bei und vor allem zu einer besseren Mobilität und zu einer besseren Erreichbarkeit der ländlichen Bevölkerung, aber auch der städtischen Bevölkerung. Deswegen kann man nur sagen: Behalten wir diese positive Stimmung bei! Wir alle auch hier im Kärntner Landtag tragen dazu bei, dass es eine positive Stimmung gibt, dass wir miteinander daran arbeiten, um die Zukunft für Kärnten zu gestalten. Wenn wir diese positive Stimmung beibehalten, dann wird es auch nächstes Jahr ein gutes Investitionsprogramm geben. Wenn wir dieses Miteinander – Bund, Land und Gemeinden – pflegen, dann wird es auch nächstes Jahr ein gutes Investitionsprogramm geben. Daran müssen wir arbeiten, meine Damen und Herren! Wir werden diesem Programm natürlich die Zustimmung erteilen. Mehr kann es immer sein.

Gaggl

Wir werden daran arbeiten, dass es mehr ist, aber es ist ein gutes Zeichen in die richtige Richtung für unsere Zukunft. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 1 erschöpft. Ich erteile der Berichterstatterin das Schlusswort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer der Spezialdebatte zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Dann darf ich bitten, die Beschlussformel zu verlesen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Das Budget im Rahmen des Kärntner Bauinvestitionsprogrammes (K-BIP) mit den Bauinvestitionsvolumina für das Jahr 2019 in Form der Gesamtübersichten der Bauinvestitionsvolumina beim Land Kärnten sowie weiteren öffentlichen Auftraggebern und die Übermittlung an die Wirtschaftskammer Kärnten werden zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich wieder um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 124-12/32:**Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum selbständigen Antrag von Abgeordneten der IG TKK vom 28.02.2019 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend Flughafen-Teilprivatisierungsprozess**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Köfer. Der ist nicht anwesend. Dann darf ich den Obmann des Kontrollausschusses ersuchen, Bericht zu erstatten und erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Werter Präsident! Herr Landeshauptmann! (*Den Vorsitz übernimmt 3. Präs. Lobnig.*) Ich erstatte Bericht zur Landtagszahl 124-12/32, Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum selbständigen Antrag von Abgeordneten der IG TKK vom 28.02.2019 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend Flughafen-Teilprivatisierungsprozess. Berichterstatter wäre Abgeordneter Köfer, der nunmehr nicht anwesend ist, deswegen habe ich in meiner Funktion als Vorsitzender des Kontrollausschusses die Aufgabe, hier stellvertretend diese Berichterstattung durchzuführen.

Ich ersuche, Herr Präsident, um Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erstes zu Wort gemeldet ist ohnehin der Herr Klubobmann Mag. Gernot Darmann. Ich darf dir das Wort erteilen. Bitte, zu sprechen!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Das trifft sich gut. Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Abgeordnete! (*KO Malle, bezogen auf KO Darmann, weil er Berichterstatter und Redner in einem ist: Das geht nicht! – Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Vors. 3. Präs. Lobnig bespricht sich mit Dir. Mag. Weiß. – Vors. 3. Präs. Lob-*

Darmann

nig: *Das ist in Vertretung!*) Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, die besondere Bedeutung des Flughafens Klagenfurt und dieser Flughafen-Infrastruktur für Kärnten macht es durchaus notwendig, im Sinne eines verantwortlichen Umganges mit diesem Flughafen-Thema auch für Transparenz zu sorgen. Transparenz nicht nur hinsichtlich der Entscheidungsgänge in der Vergangenheit, sondern auch der unmittelbaren Gegenwart, was im Hinblick auf die Entwicklung des Flughafens in Zukunft notwendig sein wird, welche Maßnahmen im Teilprivatisierungsprozess gemeinsam mit dem neuen Mehrheitseigentümer besprochen wurden und vor allem, welche Themenstellungen in der öffentlichen, europaweiten Ausschreibung inkludiert waren, bei der sich natürlich auch alle bewerben haben können und wo auch ein Bestbieter hier aus diesem Verfahren hervorgegangen ist. Wir haben seitens der Freiheitlichen bereits im Zuge des Teilprivatisierungsprozesses selbst im Wissen um die Geheimhaltungspflichten in diesem Bereich festgemacht, dass mit Abschluss und mit Signing, das heißt, mit der schlussendlichen Vertragsbesiegelung mit dem neuen Mehrheitseigentümer natürlich die Öffentlichkeit in die Geschehnisse des Flughafens und auch in die zukünftige Entwicklung mit einzubeziehen ist, einerseits seitens des Landes Kärnten, andererseits natürlich auch seitens der Stadt Klagenfurt. Das wäre auch im höchsten Sinne verantwortungsvoll gewesen seitens der Landespolitik – ich sage bewusst, wäre gewesen, da es nicht gemacht wurde. Nämlich deswegen wäre es das gewesen, weil nach wie vor mit einem gewissen Prozentsatz hier natürlich die Bevölkerung und damit der Steuerzahler in Kärnten und in Klagenfurt Miteigentümer an diesem Flughafen Klagenfurt ist und natürlich ein grundsätzliches Interesse daran haben muss, mit allen Informationen ausgestattet zu sein, was diese wichtige, ja praktisch nicht wegzudenkende Infrastruktureinrichtung für Kärnten betrifft. Nunmehr hat es den Antrag von der IG TKK gegeben, hier eine entsprechende Rechnungshof-Prüfung durchzuführen, um Transparenz auch gegenüber der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Wir haben aber auch seitens der Freiheitlichen klargemacht und das insbesondere jetzt auch im Zusammenwirken im Kontrollausschuss, dass es notwendig sein wird, nicht nur die Teilprivatisierung im engsten Sinne zu beleuchten, sondern natürlich

auch die Vorgeschichte heranzuziehen und diese beginnt im Jahr 2013.

Werte Damen und Herren Abgeordnete! Wieso haben wir gemeint, dass es im Jahr 2013 losgehen muss mit dieser Rechnungshof-Prüfung? Weil damals die Grundsteine, nämlich auch die negativen Entscheidungen gelegt wurden, auch die fehlenden Entscheidungen in den Jahren fortfolgend nach 2013 hier im Raum stehen, die schlussendlich zu einem Niedergang der Besucher- und der Fluggästekzahlen am Flughafen geführt und in weiterer Folge auch die Teilprivatisierung notwendig gemacht haben.

Ich beginne zuallererst im Jahre 2013: eine verschleppte Finanzierungsentscheidung und zu spät eingebrachte beihilferechtliche Prüfung bei der Europäischen Union. Eine Säule auch des Niederganges des Flughafens Klagenfurt – zur damaligen Zeit, sage ich dazu – die es notwendig gemacht hat, hier einen Partner zu suchen, der nunmehr wohl hoffentlich für uns alle in Kärnten das entsprechende Rezept haben wird, um diesen Flughafen wieder in Gang zu bringen und die Besucher- und auch die Fluggästekzahlen in die Höhe zu treiben. Denn es wird notwendig sein gerade im Sinne der Kärntner Wirtschaft und im Sinne auch des Kärntner Tourismus, hier diese Infrastruktureinrichtung für uns nutzbar zu machen. Da bin ich aber auch nicht derjenige, der sehr oft da mitbekommt, welche Neid-Diskussionen dann vom Zaun gebrochen werden, wenn es hier um einen Investor geht. Denn ich muss auch sagen: soll der Investor verdienen, wenn der Flughafen läuft! Weil das heißt dann für unsere Wirtschaft, dass es endlich aufwärts geht und der Flughafen auch jene Zahlen bringt, die es für unsere Wirtschaft in Kärnten braucht, um hier auch im Tourismus und in anderen Bereichen unserer Wirtschaft nach vorne zu kommen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, hier diesen Tunnelblick auch einmal für Investoren zu öffnen, die Scheuklappen, die parteipolitischen, ideologischen Scheuklappen abzulegen und die Chancen des Miteinanders zu sehen! Zu sehen, dass wir gemeinsam eine Verantwortung haben, weiterhin auch mit dem Minderheitseigentum in diesem Bereich als Land, aber auch als Stadt Klagenfurt daran zu arbeiten, dass dieser Flughafen Zukunft hat! Deswegen bleibe ich nicht nur bei der ersten Säule des Jahres 2013, dem Jahr, von dem wir auch die Prüfung weg beschlossen haben im Ausschuss, sondern wir gehen auch

Darmann

weiter zum Jahr 2014, zum damals in der Landesregierung beschlossenen – einstimmig, sage ich – Flughafen-Zukunftskonzept. Wir haben damals – das Land Kärnten nämlich mit allen Regierungsmitgliedern – € 150.000,-- in ein Flughafen-Zukunftskonzept durch die Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger investiert, um daraus auch die notwendigen Maßnahmen für eine gedeihliche Entwicklung des Flughafens Klagenfurt heraus zu entwickeln. Hier wurden Maßnahmen uns aufgemalt und selbst von der Kärntner Landesregierung einstimmig dann auch zur Kenntnis genommen und für die Zukunft beschlossen, wie der Flughafen positiv in die Zukunft hin entwickelt werden soll. Das war dann nicht praktisch damit fertiggestellt, dass man dort in diesem Konzept drinnen gehabt hat, rund 30 Millionen Euro aufgrund der enormen Wichtigkeit für den Wirtschaftsstandort Kärnten hier in den Flughafen zu investieren. Nein, dieses Konzept hat mit allen Stimmen der Landesregierung auch vorgesehen, zwingend mit dieser Investition von 30 Millionen Euro – ich betone, zwingend! – hier Begleitmaßnahmen wie die Gründung einer Flugtourismus-Incoming Agentur umzusetzen, ein massives Flugmarketing im Bereich der Zielmärkte und eine Shuttle-Förderung in die Regionen hinaus, in die Kärntner Regionen hinaus. Ich sage, so wie das zwingend damals einerseits von uns angekauft wurde als Empfehlung, danach auch beschlossen wurde, das umzusetzen, sind all diese Begleitmaßnahmen niemals umgesetzt worden! Auch das sollte uns zu denken geben, wenn wir dann dem nachtrauern, was dann schlussendlich jahrelang mit diesem Flughafen passiert ist! Nämlich nichts! Und das ist, glaube ich, der riesige Fehler gewesen, dass jeder, der hier in irgendeiner Form politische Verantwortung gehabt hat, sich vor dieser gedrückt und alles getan hat, sich aber nur nicht um den Flughafen zu kümmern. Das ist etwas, was natürlich abträglich war für die Entwicklung unseres Flughafens und somit auch für die Entwicklung von Volkseigentum! Weil das ist ja nicht irgendwo im leeren Raum stehend, so ein Flughafen, sondern der hat unseren Steuerzahlern – zusammengefasst – gehört, deswegen wäre es notwendig gewesen, hier die entsprechende Verantwortung zu leben, die leider nicht gelebt wurde, wie wir alle wissen!

Als dritte Säule, die es auch interessant machen wird, ist es ohnehin dieser Teilprivatisierungsprozess, der durch den Landesrechnungshof zu prüfen ist. Denn seit 2015 war das Land Kärnten bei der Partnersuche säumig. Eine Ausschreibung war notwendig. Ich kann ja auch in aufzählender Form ein paar wesentliche Punkte hier anführen, die ebenso Versäumnisse der politischen Verantwortungsträger in der Vergangenheit aufzeigen. Im Geschäftsjahr 2015 hat sich die Kärntner Landesregierung doch tatsächlich dafür entschieden, einen Partner für den Kärnten Airport zu suchen und man wollte mit 75 Prozent der Anteile am Kärnten Airport um rund 10 Millionen Euro eben diesen Partner suchen und diese Partnerschaft freihändig vergeben. Freihändig vergeben, so eine Partnerschaft für den Flughafen Klagenfurt! Sehr spannend, denn erinnern Sie sich, was dann die Freiheitlichen damals gemacht haben! Nämlich, die FPÖ Kärnten hat damals gesagt, geschätzte Damen und Herren der Politik, der zuständigen Referate, eine freihändige Vergabe ist aus europarechtlich vorgeschriebenen, beihilferechtlichen Gründen verboten! Es gibt hier keine freihändige Vergabe des Mehrheitseigentums am Flughafen Klagenfurt, sondern es braucht eine öffentliche Ausschreibung! Das haben wir Freiheitliche damals eingefordert. Das ist dann damals auch umgesetzt worden. Nur, zwei Jahre später, am 02. Juni 2017 wurde die Partnersuche dann verspätet ausgeschrieben und danach wurde die Vergabe wieder mehrmals verschoben. Ursprünglich war vom Oktober 2017 die Rede, dann plötzlich war es das Frühjahr 2018. Ich betone noch einmal: 2015 haben wir mit dem Thema begonnen! Ende April 2018 ist dann tatsächlich ordnungsgemäß die Vergabe erfolgt. Und aus der bisher angeführten Chronologie ergibt sich aber auch, warum sich der Flughafen von 2013 bis April 2018 im kontinuierlichen Sinkflug befunden hat. In dieser Zeit wurden weitere 100.000 Passagiere verloren. Insgesamt kein Ruhmesblatt für die Kärntner Landespolitik, noch mehr auf den Punkt gebracht: für die zuständigen Verantwortungsträger, ohne hier Namen nennen zu wollen. Fakt ist aber, es geht hier um Volkseigentum, und das Volk und die Kärntner Bevölkerung haben ein Anrecht darauf, hier nicht nur über die entsprechenden Entscheidungen der Vergangenheit entsprechend informiert zu werden, sondern wie gesagt, auch mitgenommen zu werden, was die wichtige Weiterentwicklung des Flughafens

Darmann

Klagenfurt betrifft. Nämlich auch aus einem weiteren Grund und den möchte ich hier abschließend auch genannt haben.

Es ranken sich so viele Gerüchte um den Flughafen Klagenfurt., um die möglicherweise missbräuchliche Verwendung von Grundstücken des Flughafens Klagenfurt, um die Weiterentwicklung des Flughafens Klagenfurt, insbesondere natürlich mit Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Klagenfurt. So viele Gerüchte und diese wurden weitergetragen, weitergetragen, weitergetragen und die zuständigen Referenten in der Landesregierung haben nichts dagegen getan, um diesen Gerüchten Einhalt zu gebieten. Obwohl die Transparenz mit Einblick ins Vertragswerk sehr leicht gegenüber der Öffentlichkeit zu erklären wäre, was ist Fakt, was wurde ausgeschlossen, unter welchen Voraussetzungen wurde die Teilprivatisierung durchgeführt, was darf der neue Mehrheitseigentümer machen, was darf er nicht machen? Das sind alles Fakten, die die Bevölkerung interessieren werden, die der Rechnungshof auch entsprechend darstellen soll.

Darüber hinaus haben wir Freiheitliche aber auch etwas gemacht – und das auch im Kontrollausschuss – wir haben im Vorfeld dieses Ausschusses beim zuständigen Referenten Gruber um Akteneinsicht in den Gesamtakt ersucht. Diese Akteneinsicht wurde uns verwehrt. Ich sage aber dazu, auch mit dem Hinweis, dass sich Kollege Gruber darum bemühen wolle, hier auch mit den öffentlichen Institutionen, die auch Miteigentum am Flughafen haben, ins Gespräch zu kommen, ob hier endlich eine Veröffentlichung der Inhalte der Verträge stattfinden kann. Soweit ich es aus den Medien entnommen habe, soll es auch in diese Richtung gehen. Wir haben aber als Freiheitliche gesagt, wir haben auch eine entsprechende Eigenverantwortung als Abgeordnete des Kärntner Landtages und haben deswegen den Antrag im Kontrollausschuss eingebracht, diesen Gesamtakt zur Teilprivatisierung des Flughafens Klagenfurt seitens des zuständigen Referenten auch einem Kontrollausschuss zuzuleiten, damit wir in diesem Kontrollausschuss auch eine gewisse Öffentlichkeit darstellen können, uns mit diesen Informationen auseinandersetzen und in weiterer Folge auch viel trefflicher über die Themenstellung und über die Entwicklung des Flughafens diskutieren können. Weil das macht es notwendig, wenn wir Verantwortung leben, die heute von uns allen auch

immer wieder im Zuge der Aktuellen Stunde eingefordert wurde. Und es ist schon richtig, politische Auseinandersetzung erschöpft sich nicht darin, sich nur gegenseitig auszutauschen und miteinander zu beschäftigen, sondern das Land nach vorne zu bringen. Und der Flughafen Klagenfurt ist ein solches Thema, wo wir in der Vergangenheit gesehen haben, dass das nicht gemacht wurde, die entsprechenden Persönlichkeiten, die dafür die Verantwortung gehabt hätten, nicht gearbeitet haben, aber wir jetzt alle auch in der Pflicht sind, alles erdenklich Mögliche zu machen, um diesen Flughafen für Kärnten, für unsere Steuerzahler, aber insbesondere – und das ist, glaube ich, wichtig für den Wirtschaftsstandort Kärnten – für die Zukunft positiv zu entwickeln! Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Regierungsbank den inzwischen eingetroffenen Landesrat Martin Gruber begrüßen! Herzlich willkommen! Nun zum nächsten Redner – Herr Abgeordneter Köfer, bitte zu sprechen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Entschuldigen Sie die einminütige Verspätung, aber es gibt Entwicklungen im Leben eines Menschen, die unerwartet sind und die auch in dieser Form keinen Aufschub dulden. Schade, dass ich in der Tagesordnung nicht berichten darf. Aber kein Schaden ohne Nutzen, da kann ich wenigstens noch etwas dazu sagen.

Ein denkwürdiger Tag fürs Hohe Haus, glaube ich und ein großer Tag und wichtiger Tag für ganz Kärnten – heute nimmt unser Antrag auf Überprüfung des Flughafens durch den Kärntner Landesrechnungshof, den wir bereits am 28. Feber 2019 eingebracht haben, die letzte Hürde. Eigentlich könnte ich sagen, wir haben unseren Job schon gut erledigt. Aber zur Erinnerung: Das Team Kärnten – und das möchte ich ganz stark betonen – hat sich immer für eine Teilprivatisierung des Flughafens ausgesprochen. Wir haben auch kein Problem mit dem

Köfer

Investor. Eine positive Entwicklung des gesamten Areal und des Flughafens ist natürlich begrüßenswert und wir fühlen uns auch unterstützt, aber – und das haben wir auch immer gesagt – immer unter einer bestimmten Voraussetzung, dass der gesamte Verkaufsvorgang transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar ist. Das scheint aber in der jüngeren Vergangenheit nicht gewollt zu sein, daher kämpfen wir seit Monaten und auch heute eben erfolgreich dafür, dass die volle Transparenz rund um diesen Deal auch stattfinden wird. Ein Deal, getragen derzeit von Intransparenz, Stillschweigen, Geheimniskrämerei und Informationsverweigerung, war und ist es noch immer. Dabei geht es uns nicht um eine Summe X, wieviel wurde hier bezahlt, das würden wir schon irgendwann einmal hören, das ist ja nicht das große Geheimnis. Im Zuge der von uns initiierten Überprüfung durch den Rechnungshof soll der gesamte Prozess von der Ausschreibung über die Angebotslegung bis hin zu den finalen Vertragsabschlüssen beleuchtet werden. Meine geschätzten Damen und Herren, dabei wäre es ja wirklich sehr einfach. Es gibt einen Käufer, einen Investor, der eine Summe X für eine Immobilie, für die Infrastruktur für den Flugbetrieb übernommen hat. Dem spricht ja überhaupt nichts entgegen! Und es gibt einen Verkäufer, das ist eine Gruppe, eine kleine Gruppe von Politikern, die sich mit dem Verkauf treuhänderisch – treuhänderisch! – beschäftigen muss. Dem spricht (*Das Mikrofon ist deaktiviert. – Vorsitzender: Entschuldigung! – Der Redner an den Vorsitzenden gewandt:*) – jetzt reichts bald da hinten! – dem spricht auch nichts entgegen, wenn alles transparent und wenn es nachvollziehbar ist! Und jetzt kommen wir aber zum Problem. Wenn jeder Politiker, jeder involvierte Politiker in dieser Sache seine angestammte Rolle in diesem Verkaufsprozess kennen würde, wäre vieles leichter. Vielleicht zur Erinnerung: Bei einer Wahl mehrheitlich gewählt zu werden, ist nett, gut, Gratulation, aber es ist nicht mit einem Erbe, es ist nicht mit einem Vermächtnis und schon gar nicht mit einer Schenkung zu verwechseln! Man ist politisch verantwortlich! Man wird lediglich zum Verwalter des Volkvermögens bestellt – nicht mehr und nicht weniger! Und wenn die am Flughafen-Deal beteiligten Politiker jetzt glauben, Volkseigentum verkaufen zu können, ohne dass man dem Eigentümer, also spricht der Bevölkerung, jedem der anwesenden Damen und Herren auch hier im

Raum oder der gesamten Kärntner Bevölkerung etwas darüber verraten will, dann hat man sich in seiner Kompetenz überschätzt! Und dann ist es die Aufgabe des Landtags, sie wieder auf den rechten Weg zu führen.

Der Flughafen, geschätzte Damen und Herren, ist nicht das Privateigentum vom Herrn Kaiser, von der Frau Schaunig und schon gar nicht vom Herrn Gruber, sondern er gehört wirklich jedem Kärntner und jeder Kärntnerin, egal, welchen Alters, welchen Ranges oder welcher Konfession. Die Anteile, die 20 Prozent (*Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion.*) – Ja, ja, natürlich! Wenn die Politik glaubt, plötzlich Eigentümer von etwas zu sein, dann ist das ein Riesenirrtum! Sie verkaufen Grundeigentum der Kärntner Bevölkerung und glauben, man muss eh nichts darüber sagen, so nach dem Motto, was interessieren mich jetzt die Fragen, ich sage euch jetzt genau so viel, wie euch zu interessieren hat oder was ihr wissen sollt. Kurz ist diese Taktik ja auch aufgegangen, und wäre das Team Kärnten nicht gewesen, dann hätte es wahrscheinlich diese Offenlegung der Verträge nicht gegeben und auch nicht die Überprüfung durch den Rechnungshof.

Dass sich jetzt die Kollegen Kaiser und Gruber überhaupt zu einem transparenten Vorgehen rund um den Flughafen-Deal bekennen, ist als Erfolg für uns zu werten. Wir haben vorerst, das sage ich auch ganz klar, immer wieder versucht, etwas zu erfahren, sind aber auf taube Ohren gestoßen. Man muss aber lesen – und das hat mich besonders verwundert – der Kollege Gruber hat hilferingend in der „Kleine Zeitung“ ersucht, er möchte doch mehr über die Zukunft des Flughafens wissen, der Investor soll seine Pläne auf den Tisch legen. Wohlgermerkt, der Kollege Gruber ist ja nicht irgendwer, er ist der zuständige politische Referent für diesen Verkauf und verantwortlich dafür! Da stellt sich die Frage, welche Rolle hat der Kollege Gruber bei diesem Verkauf gespielt? Warum wurde er in die Entwicklung des Flughafens nicht von Anfang an eingebunden? Schwierig! Aber es geht noch peinlicher. Nachdem es die Ankündigung von unserem Prüfungsauftrag gegeben hat, stieg auch der Mut des Referenten Gruber kurzfristig leicht an und er kündigte in einer Presseaussendung die teilweise Öffnung des Vertrages an. Was heißt, „die teilweise Öffnung des Vertrages“? Was ist denn so schlimm an diesem Vertrag, Kollege

Köfer

Gruber, dass er nur teilweise öffentlich gemacht werden darf? Was uns, und das sage ich jetzt stellvertretend für die Kärntner Steuerzahler, ich sage es aber für jeden einzelnen Abgeordneten hier in diesem Saal, die ja ebenfalls nichts mitbekommen haben und nichts wissen – das muss man ja auch ganz klar dazusagen, wir diskutieren über etwas, wo keiner offiziell eine Ahnung haben darf. Was wir wissen wollen, sind mögliche Klauseln. Wir wollen wissen, Side letter. Wir wollen Nebenverabredungen kennen, Sondervereinbarungen. Wir wollen vor allem die Entwicklung der nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften – da reden wir ja von 50 Millionen Euro – kennen, wie geht es da weiter? Die Übernahme von Krediten, Haftungen und dergleichen. Auch das Thema Verlegung der Messe aus dem Stadtgebiet interessiert zumindest die Innenstadt-Wirtschaft von Klagenfurt.

Herr Kollege Gruber – der Herr Kollege Kaiser ist nicht mehr anwesend – da geht es nicht um ein geheimes Patent, da ist auch kein wichtiges Rezept oder sonstiges militärisches Geheimnis zu wahren, sondern es geht um Rechte der Bürger, dass man den gesamten Ablauf kennenlernt! Und ich gebe dir nur einen Tipp: Damit da nicht der Eindruck eines Geheim-Deals entsteht, pochen wir weiter auf die Offenlegung sämtlicher Unterlagen. Und der strapazierte Datenschutz, bitteschön, der darf da schon längst keine Ausrede mehr sein. Also, liebe Koalitionsvertreter, ich würde an eurer Stelle – das ist ein guter Rat von mir – ganz schnell und sehr offensiv alles rund um diesen Flughafen aufklären, bevor es den Bericht dieses unabhängigen Landesrechnungshofes gibt! Dann könntet ihr vielleicht noch einen Rest von Glaubwürdigkeit behalten, ansonsten geht es weiter! Und nicht nur da von diesem Rednerpult aus! Danke! *(Beifall vom TKK.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mag. Markus Malle. Bitte, zu sprechen!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe jetzt wirklich mit Spannung die Wortmeldung

vom Klubobmann Darmann und vom Obmann der IG Gerhard Köfer verfolgt. Lieber Gerhard, alles, was du sagst, *(Abg. Köfer: Ist richtig!)* ist mit dem kleinen Einmaleins genau so, wie du das sagst, wenn die Gesetze nicht wären, weil es einen kleinen Fehler gibt in der ganzen Chronologie und in der ganzen Darstellung deiner Punkte. Im Zuge der ganzen Hypo-HETA-Krise ist die Landesholding aus- und umgegliedert worden in die KBV. Und ja, bis zu diesem Zeitpunkt war es so, Landesholding eingerichtet, politischer Referent zuständig, wir können hineinschauen, wir können tun, wir können machen. Der Hakenfuß ist nur, die KBV ist eine Gesellschaft sui generis, eine eigentümerlose Gesellschaft. Und die einzigen Personen, die direkten Zugriff auf die KBV und auf die Geschehnisse der KBV haben, ist der Aufsichtsrat der KBV und nicht der Landesrat Gruber, nicht die Landesregierung und nicht der Kärntner Landtag. Das ist ein Konstrukt, das extra geschaffen wurde, mit Vor- und Nachteilen. Und heute reden wir jetzt über die Nachteile dieses Konstruktes. Bis zu dem Zeitpunkt, wo es die Landesholding gewesen wäre, hätte ich alles genau so gemacht wie du und wäre alles überhaupt kein Problem gewesen und wäre der Antrag an den Landesrechnungshof auch perfekt und zielführend gewesen. Jetzt muss ich ein bisschen meinen eigenen Referenten in Schutz nehmen, weil ich in die Gespräche auch involviert war, die Gespräche vor allem mit dem derzeitigen Mehrheitseigentümer am Flughafen Klagenfurt und der Lilihill Group haben schon lange, bevor das Team Kärnten einen Antrag im Kontrollausschuss gestellt hat, begonnen, weil natürlich und für jeden von uns vollkommen verständlich ist, dass die Kärntner Bevölkerung ein Anrecht auf die Informationen hat, wie der Vertrag ausschaut und wie die Vertragsbestandteile ausschauen. Da sind wir ja alle einer Meinung. Und ich sage dir nur, ich bin froh, dass der Martin Gruber sich da wirklich hineingehaut hat! Und es ist genau so, wie du es am Rednerpult dargestellt hast! Der Martin Gruber versucht, sein Gewicht in die Waagschale zu holen, kann aber nur appellieren an die drei Vertragspartner – Lilihill Group, KBV und Stadt Klagenfurt – dass es zu einer Veröffentlichung der Vertragsdetails und –inhalte kommt. Da ist er sehr erfolgreich. Ich gehe davon aus, dass das in naher Zukunft passiert. Erst – und, lieber Gerhard *(gemünzt auf Abg. Köfer)*, das ist mir ganz wichtig, wir werden als

Malle

ÖVP selbstverständlich der Prüfung durch den Landesrechnungshof zustimmen! – erst wenn der Martin Gruber erfolgreich ist, hat der Landesrechnungshof tatsächlich eine Basis, auf der er prüfen kann. Weil auch der Landesrechnungshof – und das ist auch mit MMag. Bauer besprochen worden – darf erst dann in sämtliche Unterlagen und in sämtliche Details Einschau halten, wenn diese Verschwiegenheitsklausel weg ist. Jetzt sage ich dir noch etwas: Dass diese Verschwiegenheitsklausel überhaupt da ist, ist die tatsächliche Problematik und die tatsächliche Katastrophe, weil wir haben ja extra eine Verfassungsänderung gemacht, wo wir gesagt haben, der Landtag ist in sämtliche eigentumsrelevante Transaktionen des Landes einzubeziehen. Das haben wir alle miteinander beschlossen, das ist ja genau die Idee. Diese Vertragsklausel, wie sie zwischen diesen drei Vertragsparteien gemacht worden ist, widerspricht dem. Da müssen wir aus meiner Sicht für die Zukunft ansetzen, dass so etwas nicht mehr wieder passiert, weil das war ja genau die Zielsetzung, dass der Hohe Landtag hier auf jeden Fall zu involvieren ist! Ich bekenne mich auch von Seiten der ÖVP auf jeden Fall dazu, wenn Landeseigentum – und auch wenn es so wie jetzt indirekt über die KBV, über die LKBG, über die SIG, das wird ja dann noch schwieriger, weil bei der KBV haben wir wenigstens noch einen Aufsichtsrat. Wenn wir in Richtung LKBG gehen, wenn wir in Richtung SIG gehen, wird es gleich noch viel, viel, viel komplizierter, dass sich die Politik hier einbringt. Bitte, es auch nicht als Versäumnis der zuständigen Regierungsmitglieder zu sehen! Ich bin bitte gerne dabei, der Regierung auf die Finger zu hauen, aber in dem Fall ist es unangebracht! Aus meiner Sicht arbeitet der Martin Gruber hier genau in die richtige Richtung. Wir müssen, glaube ich, eher schauen, dass wir noch einmal die Landesverfassung hier nachschärfen und auch – und das ist aus meiner Sicht bitte auch wichtig und da würde ich dich auch bitten, deinen Vertreter im Aufsichtsrat der LKBG auch dementsprechend scharf zu machen! Das sind ja alles unabhängige Aufsichtsräte ohne Weisungsrecht. Aber genau so wie ich mit unserem Aufsichtsrat gesprochen habe, wäre die Bitte, dass auch du mit deinem Aufsichtsrat redest, dass die Freiheitlichen mit ihren Aufsichtsräten reden, dass die SPÖ mit ihren Aufsichtsräten redet, weil die politischen Parteien die Aufsichtsräte natürlich nominieren! Eine Zustimmung zu so

einem Vertrag, wo eine Verschwiegenheitsklausel drinnen ist, darf es nicht mehr geben! Da muss der Aufsichtsrat der KBV Nein sagen und sagen, nein, ich bin zwar nur der Gesellschaft gegenüber verantwortlich, aber trotzdem aus der Politik nominiert. Insofern stimme ich einem Vertrag, wo eine Verschwiegenheitsklausel drinnen ist, nicht mehr zu. Aus meiner Sicht geht es in die richtige Richtung. Der Martin Gruber wird das zusammenbekommen, dass die wesentlichen Vertragsdetails und die Vertragsdetails, die nicht – das muss man natürlich auch sagen, es sind ein paar Dinge drinnen, wo der Investor natürlich Daten von sich selber drinnen hat und von seiner Kapitalausstattung und von seinen Geschäftsgeheimnissen, da bin ich neugierig, ob das gehen wird oder nicht – aber alle relevanten Vertragsdetails offengelegt werden. Aus meiner Sicht gehört auch auf den Tisch, dass es keine weiteren Nebenabsprachen und Nebenverträge gibt, zumindest die Erklärung, dass es keine gibt. *(Abg. Köfer: Nein, das ist zu wenig!)* Wenn es keine gibt, kann ich keine Nebenverträge offenlegen, sage ich jetzt einmal. Das ist halt schwer. Aus meiner Sicht gehört die Erklärung her, dass es keine Nebenverträge gibt. Und dann soll der Landesrechnungshof in jeder Tiefe, die nur möglich ist, prüfen, weil es selbstverständlich um Landeseigentum geht. Ich kenne die Verträge natürlich nicht, aber ich bin mir sicher, dass das Geschäft in die richtige Richtung geht. Ich freue mich schon, wenn die Lilihill Group als Mehrheitseigentümer uns dann präsentiert, welche zusätzlichen Fluglinien kommen und wie wir die Flug- und die Passagierzahlen erhöhen werden. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Günter Leikam. Bitte ans Rednerpult!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Mein Vorgänger, Klubobmann Markus Malle, hat schon in sehr klaren Worten

Leikam

die gesetzliche Dimension dieses Verkaufes des Flughafens hier erläutert. Auf das brauchen wir nicht mehr näher einzugehen. Ich darf vorweg aber sagen, dass natürlich auch die Sozialdemokraten diesem Prüfauftrag an den Rechnungshof die Zustimmung erteilen werden. Am Beginn vielleicht einige allgemeine Worte zum Klagenfurter Flughafen: Für die Politik in diesem Lande, aber vielmehr noch für die Menschen in unserem Lande ist dieser Flughafen enorm wichtig! Einerseits für den Tourismusstandort Kärnten, auf der anderen Seite ist der Flughafen aber auch eine ganz, ganz wichtige Infrastruktureinrichtung für die Wirtschaft und für die Standortentwicklung unseres Bundeslandes, daher sind seitens der Politik die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass dieser Flughafen auch wieder einen Aufwind bekommt, dass er einen Aufschwung erfährt!

Einige Sätze vielleicht noch zu meinem Vorredner, zum Klubobmann Darmann, der hier gemeint hat, seit 2013 wird der Flughafen vernachlässigt, kümmert sich die Politik nicht um diesen Flughafen, befindet sich der Flughafen in einem Sinkflug. Ja, wenn sich die Politik nicht um diesen Flughafen kümmern würde, die Piste nicht saniert hätte, eine Teilprivatisierung nicht vorgenommen hätte, dann würden wir heute ja nicht hier im Landtag zu diesem Flughafen reden. Es ist nicht der Fall, dass sich hier um diesen Flughafen nicht gekümmert wird. Ich gehe ein bisschen weiter zurück, Herr Kollege Darmann, vor das Jahr 2013, als man Passagiere gekauft hat, als man mit Steuergeld Fluglinien unterstützt hat mit Millionen-Subventionen, die, wie wir jetzt wissen, auch dem EU-Beihilfenrecht widersprochen haben, wo einfach Fluglinien hier bezahlt wurden, um Klagenfurt anzuflieden. Und ich denke, das war auch nicht der richtige Weg, das war der falsche Weg. Da gibt es auch Diskussionen, dass das zurückgezahlt werden sollte. Um 12 Millionen Euro wurden damals Fluglinien, als Nicht-Sozialdemokraten maßgeblich in der Regierung gesessen sind, mit Steuergeld gekauft. Als dann das Steuergeld weg war, waren auch die Fluggäste wieder weg, lieber Kollege Darmann. Aber dass der Eindruck von dir erweckt werden soll, die Politik kümmert sich nicht um diesen Flughafen, ist einfach nicht richtig! Der erste Schritt war, dass wir die Piste saniert haben, sonst würde es den Flughafen nicht mehr geben, weil einfach ein Starten und ein Landen

nicht möglich gewesen wäre und damit auch ein klares Bekenntnis von der Politik zum Klagenfurter Flughafen abgegeben wurde. Ich bin auch der Meinung, dass es eine kluge Entscheidung war, in einem weiteren, in einem zweiten Schritt einen strategischen Partner zu suchen mit eben dieser Teilprivatisierung an die Lilihill Gruppe, die knapp drei Viertel der Anteile hier erworben hat. Hand aufs Herz, wir alle wissen es, dass es in einem Wirtschaftsprozess möglich ist, dass Stillschweigen, wenn man Verträge abschließt, zwischen den Partnern vereinbart wird. Es war eben der Wunsch des Käufers, dass einmal Stillschweigen zu diesem Vertrag hier abgeschlossen wurde. Aber eines, geschätzter Kollege Köfer – und ich glaube, in der letzten Sitzung hat es auch der Kollege Darmann schon gesagt – es stimmt ja nicht, dass ihr nicht mit einbezogen gewesen seid. Bei der Regierungssitzung waren auch die FPÖ und deine Partei, das Team Kärnten, mit dabei. Ihr seid am Tisch gesessen, als es um diese Teilprivatisierung des Flughafens in Klagenfurt gegangen ist. Jetzt so zu tun, man hätte nichts gewusst, ist nicht die ganze Wahrheit!

Mittlerweile, und das ist auch schon erwähnt worden, hat man sich darauf verständigt, das auch mit Zustimmung des Käufers, das muss man dazusagen, diesen Kaufvertrag auch zu veröffentlichen. Das Land Kärnten, die Stadt Klagenfurt, aber auch die Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Beteiligungsverwaltung, wie man Medienberichten entnehmen kann, werden also dieser Veröffentlichung die Zustimmung erteilen. Die Offenlegung benötigt natürlich aber auch die Zustimmung der Flughafenbetriebsgesellschaft. Die Hauptversammlung tagt am 27. März dieses Jahres. Ich gehe davon aus, dass auch hier die Zustimmung zur Offenlegung erteilt werden wird. Dadurch ist auch die Transparenz gegeben, nicht nur für die Parteien hier in diesem Land, sondern natürlich auch für die Kärntner Bevölkerung. Eigentlich wäre der Prüfauftrag obsolet, aber soll so sein. Der Rechnungshof soll diese gesamte Angelegenheit überprüfen. Aber was viel, viel wichtiger ist, ist, dass der Flughafen eine gute, eine positive Zukunft hat! Das wünsche ich mir für den Flughafen in Klagenfurt! Wir werden diesem Prüfauftrag natürlich auch die Zustimmung erteilen. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Es hat sich ein weiteres Mal vom Team Kärnten Abgeordneter Köfer zu Wort gemeldet. Bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Kollege Hueter muss jetzt schon kurz weg? Trotzdem möchte ich kurz replizieren. Diese Regierungssitzung, die damals stattgefunden hat, das war ja wohl fast wie ein Kino. Der neue Investor ist durch die Hintertüre hereingekommen. Die Presse hat vorne nicht ihre Informationen bekommen dürfen. Wir haben damals einen bunten Katalog vorgelegt bekommen, wie das Ganze ausschauen könnte. Das Gleiche haben aber auch die Aufsichtsräte in dieser Form bekommen. So wirklich von einem Vertrag oder wie sich die Entwicklung des Flughafens darstellt, wurde damals nicht gesprochen. Es wurde auch über keine Summen gesprochen. Soll aber so sein, ich bin jetzt gar nicht böse.

Aber was mich mehr stört, ist dieser kluge Schachzug, den der Kollege Malle uns da erklärt hat. Da gebe ich ihm auch vollkommen recht. Diese KBV ist eine eigentumslose Gesellschaft. Das muss man zusammenbringen, dass man Volksvermögen der Kärntnerinnen und Kärntner in eine eigentumslose – *(KO Malle: Das habt ihr mitbeschlossen! Das habt ihr mitbeschlossen!)* Ja schon, trotzdem, darum geht es ja gar nicht! *(KO Malle: Wieso?)* Tu' nicht ablenken! Da geht es gar nicht um das Mitbeschließen, sondern darum, was man damit macht! Ich erinnere jetzt ganz klar, und ich sage das sehr eindrucksvoll: Ich selbst bin hier gesessen, das war der 01. April 2004, als die damalige Koalition – ich bin damals da hinten gesessen, wo der Kollege Leikam heute sitzt, neben dem Bürgermeister Mock – uns erklärt hat, wie wichtig es ist, dass wir Haftungen übernehmen für die Hypo und unbeschränkt, wenn es geht. Wenn du damals nur einen Satz gesagt hättest, dann wärest du aus dem Klub ausgeschlossen worden! So haben wir das damals – Kollege Hueter war auch dabei – zur Kenntnis nehmen müssen! Das will ich nicht mehr! Ich will nicht da herinnen sitzen und dem zuhören, von dem ich keine Ahnung habe, wo ich nur sage, die werden es schon richtig machen! Kollege Rohr war dabei, es waren einige andere auch noch dabei. Viele waren es ja nicht

mehr. Aber da haben wir gelernt, und das will ich nicht mehr! Ich will das auch für euch nicht, ich will euch etwas ersparen, dass man Fehler macht, die man heute vielleicht macht, wenn man nicht gefragt, nicht überprüft, hinterfragt hat, die dann letztendlich zu einer Konsequenz führen, die für Kärnten zur Katastrophe wird! Das ist das Eine! Wir hätten damals mehr fragen sollen und weniger zuhören. Das sehe ich heute auch als meine Aufgabe an, deswegen ist das auch nicht lächerlich, was ich tue, und aus dem Grund glaube ich, ist das auch berechtigt. Der Aufsichtsrat ist zuständig, das haben wir auch schon gehört. Der Aufsichtsrat kriegt auch genau das präsentiert, was er sehen darf, nicht mehr und nicht weniger. Auch der Aufsichtsrat hat keine Verträge vor sich liegen gehabt, keine Nebenverabredungen, gar nichts. *(Zuruf von LR Gruber.)* - Was? *(LR Gruber: Alles haben sie gehabt!)* - Das haben sie gehabt? *(Erneut Zuruf von LR Gruber. – Der Vorsitzende betätigt das Glockenzeichen.)* - Das gesamte Konvolut? Okay, dann schauen wir uns das an, dann bin ich ja gespannt. Das heißt, der Kollege Gruber sagt, man wird alles in die Waagschale werfen. Das wäre alles nicht so schwer, ihr seid ja in einer Koalition. Ihr braucht ja nur hinzugehen und zu sagen, gib mir das! Wenn dann irgendjemand sagt, nein, das kriegst du nicht, du darfst da nicht hineinschauen, dann wäre das auch von eurer Seite zu hinterfragen! Was die Verschwiegenheitsklausel der drei Vertragspartner betrifft, da sind wir gerade dabei, das rechtlich prüfen zu lassen, inwieweit das auch halten kann. Dass der Kärntner Landtag, der für alles zuständig ist, für Ehrungen, für irgendwelche Dinge, die man gar nicht normal erklären kann, für alles sind wir zuständig, aber nicht für den Verkauf eines Flughafens! Das ist etwas, was ich nicht verstehe! Da wird es eine rechtliche Prüfung unsererseits geben. Das machen wir gerne auf unsere Kosten. In dem Sinne danke ich dir trotzdem, Kollege Malle, dass du mir recht gegeben hast! Ich hoffe, dass wir weiterhin auch in eurer Fraktion Unterstützer für diese Sache finden! *(Beifall vom TKK.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Als weitere Wortmeldung habe ich Herrn Klubobmann Mag. Gernot Darmann hier. Bitte!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, da es mir dann ja als Berichterstatter versagt ist, hier auch noch ein paar Themen zum Besten zu geben und vielleicht auch auf den Punkt zu bringen. Deswegen ist es mir wichtig, jetzt wirklich dieses schaurige Bild, das hier jetzt in der Diskussion gegenüber dem Steuerzahler gezeichnet wird, wegzubekommen, hier würden Entscheidungen getroffen worden sein, ohne irgendwann einmal einen Vertragsbestandteil gelesen zu haben. Kollege Köfer, nichts für ungut! Es war auch dein Aufsichtsrat in der Kärntner Beteiligungsverwaltung, der alle Vertragsbestandteile vor sich hatte und der diesem Vertrag, nämlich der Veräußerung und der Teilprivatisierung die Zustimmung gegeben hat, also bitte nicht zu sagen, dein Aufsichtsrat hat nichts in der Hand gehabt und hat trotzdem zugestimmt! (*Abg. Köfer: Der darf ja nichts sagen!*) Du machst ihm damit das Leben eher schwer als leicht, nämlich auch rechtlich schwer. Und ich gehe davon aus, dass das ein Missverständnis von deiner Seite und so nicht gemeint war, weil alle anderen wissen, was es heißt, in einem Aufsichtsrat auch hier entsprechend verantwortungsbewusst seiner Aufgabe nachzukommen. Das ist das Eine.

Das Zweite ist und das ist vollkommen richtig, und da muss ich dir auf der anderen Seite wieder recht geben, Kollege Köfer, es ist zu wenig, sich hier auf Formalismen zurückzuziehen und zu sagen, wie das nicht alles heißt, wem was gehört. Schlussendlich ist es ein Teil der Verantwortung für unsere Kärntner Landesbevölkerung, für den Steuerzahler, hier den Kopf auch hinzuhalten, wenn wir schon entscheiden, zu sagen, das ist richtig oder falsch oder verzögert gewesen. Das interessiert draußen keinen, ob das dem Land Kärnten oder der Beteiligungsverwaltung sui generis zuständigkeithalber gehört. Das ist den Leuten draußen außerhalb vom Kärntner Landtag vollkommen wurscht und es ist einfach zu wenig, sich auf diese Ausrede zurückzuziehen, dass man deswegen Probleme hatte, für Transparenz zu sorgen.

Und deswegen komme ich jetzt zum dritten Punkt – die Ausrede der Verschwiegenheitsklausel. Denn, werte Damen und Herren, es hat im Ausschreibungsverfahren europarechtlich eine Verschwiegenheitsverpflichtung gegeben. Und

diese Verschwiegenheitsverpflichtung war mit dem Vertragsabschluss, mit der Beendigung des Ausschreibungsverfahrens und mit der durchgeführten Teilprivatisierung beendet. Danach hat es nur noch Gerüchte gegeben, Gerüchte zum Nachteil sicherlich auch der Politik, aber vor allem zum Nachteil der Landeshauptstadt Klagenfurt, zum Nachteil des Flughafens Klagenfurt und dessen Entwicklungspotentials, zum Nachteil des Landes Kärnten. Und es hat sich keiner in der Kärntner Landespolitik, insbesondere der Regierung, darum gekümmert, diese Gerüchte vom Tisch zu wischen und endlich Fakten zu schaffen. Das ist ja der Vorwurf, der im Raum steht! Und ich möchte nicht die ganzen Punkte seit 2013 noch einmal aufzählen. Das ist Geschichte und es wird sicherlich auch vom Rechnungshof entsprechend aufgearbeitet werden. Fakt ist, jetzt geht es in die Zukunft, und die Zukunft wird wohl hoffentlich positiv sein und nicht so, wie es der Herr Kollege Leikam gesagt hat, dass er sich irgendwas wünschen kann, sondern wir werden alle daran arbeiten müssen, dass es eine positive Zukunft in diesem Bereich gibt. Wünschen wird zu wenig sein – da sind wir in der Politik gefordert, dafür sind wir auch da. Insbesondere ist auch die Landesregierung dafür da, an den Hebeln zu werken, um in ihrem Einflussbereich, der noch gegeben ist, in der Partnerschaft mit dem neuen Investor und Mehrheitseigentümer das nach vorne zu bringen, das „Werk!“ in Gang zu bringen! Wir brauchen diesen Flughafen und da ist es einfach in höchstem Maße verantwortungslos, negative Gerüchte einfach fortschreiben zu lassen, ihnen freien Lauf zu lassen, was auch immer dann passiert, sondern wir brauchen hier Transparenz, Einbindung der Bevölkerung, dass sie in weiterer Folge im besten Fall auch hinter dem Projekt steht und gemeinsam mit der Bevölkerung dieser Flughafen in Höhenflüge gehoben wird. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Es hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Köfer gemeldet. Bitte zu sprechen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Das ist das Schöne im Landtag, dass man darauf replizieren darf! Es zieht sich niemand auf Formalismen zurück – ganz im Gegenteil! Noch einmal: Wir wollen diesen Flughafen selbst entwickeln, mit dabei sein. Das ist das Eine. Aber, was wir fordern, ist, die Öffentlichkeit miteinzubinden, den Kärntner Landtag miteinzubinden. Es streut auch niemand nur irgendein Gerücht – ganz im Gegenteil, wir versuchen, Gerüchte loszuwerden! Das kannst du aber nur dann, wenn man wirklich alle Inhalte kennt. Und das Wort „Transparenz“ ist jetzt in der letzten halben Stunde ja zum Modewort geworden. Wir, liebe Freunde, wir vom Team Kärnten müssen niemandem folgen. Wir haben niemanden, den wir zu bedienen haben, weder den Investor noch sonst irgendwelche Parteigremien. Dieser Deal wird von uns nicht verhindert, sondern positiv mitgestaltet.

Und noch einen Satz zu den Aufsichtsräten: Ich weiß nicht, wie das bei euch stattfindet. Bei uns darf der Aufsichtsrat witzigerweise aufgrund seiner Verschwiegenheit nicht erzählen, was in der Sitzung passiert ist. Wenn das bei der FPÖ anders ist (*KO Darmann: Nein, eh nicht! Das habe ich auch nicht gesagt!*) – du hast es gesagt, natürlich! Ihr seid alle informiert. Der Kollege Gruber hat gesagt, wir wissen alles. Bei uns sagt der Aufsichtsrat nichts, weil er es nicht darf! Per Gesetz! Also jetzt kenne ich mich nicht aus, warum da jeder plötzlich informiert sein soll, wenn es der Aufsichtsrat nicht erzählt? Dann müssen wir uns mit dem einmal beschäftigen. Der jeweilige Aufsichtsrat, der gerne weiter erzählt, was in Sitzungen stattfindet, glaube ich, ist nicht tragbar und das ist auch strafrechtlich irgendwo relevant. Deswegen glaube ich auch, wenn unser Aufsichtsrat dabeigesessen ist und das auch gehört hat, dann wird er das für sich behalten, weil es so vorgesehen ist. (*KO Malle: Ja!*) Aber du kannst nicht uns einen Vorwurf machen, dass wir von diesen Dingen keine Kenntnis haben! (*Zwischenruf von KO Malle.*) Ob das wohl stimmt oder nicht, ist Sache des Aufsichtsrates! (*KO Malle: Er kann ja gegen den Vertrag stimmen, wenn die Verschwiegenheitsklausel drinnen ist!*) Wenn er der Meinung war, das ist gut, dann ist es so! Aber das ist nicht meine Meinung, das ist nicht unsere Haltung. Unsere Haltung ist Aufklärung, wir zeigen auf,

was Fehlentwicklungen darstellt und wenn es positiv ist, würden wir uns natürlich gerne mitfreuen! (*Beifall vom TKK.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Es liegt mir nun keine weitere Wortmeldung mehr zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort. Bitte!

Berichterstatter Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Jawohl! Ich berichte wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landesrechnungshof wird gemäß Art. 70 K-LVG iVm § 13 K-LRHG beauftragt, eine Überprüfung des Flughafen-Teilprivatisierungs- beziehungsweise -Verkaufsprozesses ab dem Jahr 2013 vorzunehmen und dem Landtag über die Überprüfungsergebnisse ehestmöglich einen Prüfbericht vorzulegen. Insbesondere soll die Prüfung auch die Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit auf der Grundlage der Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit kontrollieren.

Im Zuge der Überprüfung soll der gesamte Prozess, von der Ausschreibung über die Angebotslegung bis hin zu den finalen Vertragsabschlüssen und der realen Veräußerung der Anteile, beleuchtet werden. Bei der Prüfungstätigkeit sollen auch Detailfragen nach der Höhe und der exakten Ausgestaltung des Kaufpreises sowie möglicher Klauseln, Neben- und Sondervereinbarungen (Berichtspflicht, Höhe der Passagier-

Darmann

zahlen, Entwicklung nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften ...) und zur Übernahme von Haftungen beziehungsweise Krediten oder Darlehen durch den Investor behandelt werden.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3. Ldtgs.Zl. 95-6/32:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Förderungen für Kinderbetreuungseinrichtungen

In der Landtagssitzung vom 28. Februar 2019, der 15. Landtagssitzung, wurde einstimmig beschlossen, die Debatte zu dieser Anfrage in der nächsten Sitzung durchzuführen. Und nun hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem ersten Debattenbeitrag die Frau Abgeordnete Mag. Dieringer-Granza gemeldet. Ich darf ihr das Wort erteilen! Bitte!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind sehr interessante Zahlen durch diese Anfragebeantwortung hier zu finden, aber eines ist mir ein besonders großes Anliegen, auch die Gelegenheit einmal zu nutzen, um all den Tagesmüttern, Kinderpädagoginnen und vor allem aber auch den Müttern ein großes Danke auszusprechen, dass sie sich tagtäglich um die Betreuung unserer Kinder kümmern! (*1. Präs. Ing. Rohr übernimmt den Vorsitz.*) Und was mir bei all dieser Debatte auch immer ein bisschen zu kurz kommt, ist wirklich, das zu betonen, dass Frauen es sich nicht immer leicht machen, die Entscheidung zu treffen, ob Arbeit, ob Kinderbetreuung. Und auch hier stehen in jedem Fall noch Modelle aus, um auch die Wahlfreiheit zu garantieren,

dass Mütter wirklich wählen können, gebe ich mein Kind in eine außerhäusliche Betreuung oder bleibe ich selbst zu Hause und auch das wird vom Land oder vom Staat anerkannt. (*Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.*) - Sehr geehrter Herr Kollege, wie war das mit den Zwischenrufen? Erstens: Jeder kann sich gerne zu Wort melden. Kann das auch sein? Und ich wünsche mir eine Debatte immer sehr gerne, das ist etwas Schönes, das ist die Gesprächskultur, aber eine Debatte auch mit dem zuständigen Referenten zu führen, wäre auch eine Wertschätzung von unseren Anfragen, die wir stellen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Der Satz ist prägend und überall getrommelt worden: „In Kärnten sind alle Kinder gleich viel wert.“ Wenn man jetzt aber die Modelle anschaut, dann ist das leider doch nicht ganz so, denn im ganzen Kärntnerland gibt es nach wie vor unterschiedliche Tarife, unterschiedliche Refundierungen, wenn man das Kind in eine Kinderbetreuung gibt. Und auch das wäre einmal ein Ansatz, den man wirklich angehen sollte, dass wirklich die Kinderbetreuung im ganzen Land auf gleiche Art und Weise gefördert wird, dass es dann auch für die Gemeinden dementsprechend Förderungen gibt seitens des Landes, dass die Betreuung für ein Kärntner Kind wirklich im ganzen Land gleich viel kostet und gleich viel wert ist! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ruth Feistritzer. Frau Abgeordnete Dieringer-Granza, ich habe am Beginn der Sitzung gesagt, dass es heute eine Regierungsklausur zum Standortmarketing gibt. Daher war klar, dass der Herr Landeshauptmann als Vorsitzender der Regierung diesen Termin jedenfalls wahrnehmen muss und nicht mehr in der Sitzung anwesend ist. Frau Abgeordnete, bitte um Ihre Wortmeldung!

Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Geschätzter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause und hier! In unserer letzten Sitzung am 28. Feber 2019 wurde

Feistritzer

ausführlich die Förderung der Kinderbetreuungseinrichtungen behandelt. In die Bildung der Kleinsten wird kräftig investiert, vom Bund, vom Land, aber auch von den Kommunen. Im Fokus ist das Barcelona-Ziel, dass 33 Prozent der unter Dreijährigen und 90 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in den Bildungseinrichtungen betreut werden. Auf Grundlage des Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes wurden in den Jahren 2017 bis 2018 11.271 Kinder in Kindergärten, 3.953 Kinder in Horten, 2.073 in alterserweiterten Kindergruppen und 2.935 Kinder in Kinderkrippen und Kindertagesstätten betreut. 530 Trägervereine betreuen 1.020 Gruppen. Die Förderbeiträge für öffentliche Einrichtungen betragen 2017 bis 2018 € 12.430.879,- für Kindergärten, Krippen, alterserweiterte Kindergruppen und Horte, für die privaten Träger waren es insgesamt € 10.486.022,- und für die Kindertagesstätten im öffentlichen Bereich waren es € 626.866,98 und für die privaten Träger waren es € 16.095.243,71.

Die Förderansätze für private und öffentliche Träger sind gesetzlich geregelt und sie sind gleich. Auch eine jährliche Valorisierung findet statt. Es gab Ausnahmen bei der Valorisierung, und zwar betreffend die Kindertagesstätten von 2015/2016 beziehungsweise 2016/2017, und für die anderen Gruppen war im Jahr 2015/2016 die Valorisierung ausgefallen – Auslöser war die HETA-Abwicklung.

Die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen müssen im Jahr drei Fortbildungsveranstaltungen besuchen und das Institut von der IBB bietet Fortbildungskurse an. Welche Kurse als Fortbildung anerkannt werden, entscheidet immer der Dienstgeber.

Wie wichtig ein früher Kindergartenbesuch ist, sehen wir bei den Kindern, die im Verhalten auffällig sind. Eine frühzeitige Unterstützung des Kindes, aber vor allem auch für die Eltern ist hier von sehr großer Bedeutung. Der gruppendynamische Prozess darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die Förderung von sozial emotionalen Kontakten hat eine große Bedeutung. Auch die Inklusion von behinderten Kindern wird sukzessive seitens des Landes gefördert. Kinder haben ein Recht auf soziale Teilhabe, und Kinder sollen gefördert, aber sie sollen nicht überfordert werden. Eine Reduzierung der Gruppengröße, welche im Regierungsprogramm

verankert ist, wird positive Akzente setzen. Ich möchte mich bei allen Pädagoginnen und Pädagogen, bei allen Tagesmüttern und Tagesvätern bedanken, die hier eine sehr verantwortungsvolle, emotionale und engagierte Arbeit leisten!

Abschließend darf ich den Landeshauptmann zitieren: „Eine hochwertige Kinderbetreuung ist der optimale Start ins Bildungsleben, und eine gut ausgebildete junge Generation ist das Fundament, auf dem Kärnten seine Zukunft aufbauen kann.“ Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächstem Redner darf ich dem Abgeordneten Herbert Gaggl von der ÖVP das Wort erteilen.

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Das Ziel bei diesem Thema ist wohl die beste Betreuung für unsere Kinder, egal welchen Alters. Unsere Kinder – wir nennen das immer wieder – sind unsere Zukunft und wenn wir heute nicht auf die Zukunft schauen, dann werden wir morgen das haben, was wir heute tun oder nicht tun. Ich glaube, in Kärnten kann man sagen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir auf dem richtigen Weg sind mit der Betreuung der Kinder, mit den Angeboten für die Betreuung der Kinder, wo die Eltern Angebote wählen können, die ihnen zur Verfügung stehen.

Ein wesentlicher Faktor ist aber auch, wo wir hinarbeiten sollten und müssten, dass die Betreuung, die zu Hause gemacht wird, den gleichen Wert hat wie die institutionelle Betreuung. Das halte ich für einen ganz wesentlichen Faktor! Weil wenn sich Eltern – Vater oder Mutter – bereiterklären, das Kind zu Hause selbst zu betreuen, dann soll es zumindest gleich viel wert sein als anderswo. Das ist ein wesentlicher Faktor!

Ich möchte noch verstärken, was die Kollegin vor mir gesagt hat, die Frau Dieringer-Granza. Sie hat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorgehoben. Entscheidend für die ganze Betreuung ist nicht die Organisation, entscheidend ist nicht das Geld, sondern entscheidend sind die Menschen, die vor Ort für diese Betreuung zu-

Gaggl

ständig sind! Da wird im ganz überwiegenden Ausmaß hervorragende Arbeit geleistet. Das muss man wirklich einmal sagen und ein besonderes Dankeschön sagen! Ein Dankeschön sage ich auch den Kärntner Gemeinden! Die Kärntner Gemeinden sind bereit, in diesem Bereich ganz viel zu investieren und tragen ganz wesentlich dazu bei, dass die Betreuung funktioniert, dass die Betreuung vor Ort funktioniert, dass der Transport zum Kindergarten und wieder nach Hause funktioniert, dass die Hardware vorhanden ist und dass auch die laufenden Abgänge für die Kinderbetreuung finanziert werden. Da auch ein herzliches Dankeschön, dass die Gemeinden trotz der schwierigen finanziellen Situation bei den Kärntner Gemeinden bereit sind, für diese wirklich bedeutenden Maßnahmen Geld zu setzen und in die Zukunft zu investieren! Bedanken müssen wir uns auch bei allen privaten Betreiberinnen und Betreibern, ob das Caritas, Diakonie oder sonstige Einrichtungen sind, die in diesem Bereich wirklich hervorragende Arbeit leisten! Wir haben noch einiges zu tun. Ich möchte abschließend noch einmal betonen, dass wir wirklich gemeinsam daran arbeiten sollten, dass auch das Betreuen zu Hause, wenn sich die Eltern dafür entscheiden, diese freie Wahl, die gleiche Voraussetzungen hat wie die andere Wahl! Dafür müssen wir uns in Zukunft auch einsetzen, daran müssen wir arbeiten. Aber grundsätzlich kann man dazu sagen: Wir haben eine gute Kinderbetreuung, wir können stolz darauf sein! Wir arbeiten rechtzeitig, damit wir haben, wenn wir brauchen, nämlich gut ausgebildete erwachsene Menschen hier im Kärntnerland! Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 43-4/32:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dieringer-Granza betreffend Änderungen inklusive Modellregion

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dieringer-Granza. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Ja, die inklusive Modellregion ist in manchen Bundesländern eingeführt. Es ist eine Erprobungsphase. Es ist richtig und wichtig, wie ich in vielen Bereichen schon betont habe, dass es eine Wahlfreiheit gibt, das heißt, dass es auch eine Möglichkeit gibt der Inklusion in einem Bundesland. Aber auf der anderen Seite ein wichtiger Punkt, der erhalten bleiben soll, ist auch die Sonderschule. Die Sonderschule, und deshalb komme ich auf sie wieder zu sprechen, auch in diesem Zusammenhang, das ist nach wie vor ein Thema, das gerade in meiner Heimatstadt in Villach sehr stark diskutiert wird. Es ist nämlich trotz meiner Anfrage, die ich an den Bildungsreferenten gestellt habe, noch immer eine große Unsicherheit, ob diese wunderbare Einrichtung der Sonderschule – über einen Namen kann man immer diskutieren – ob diese erhalten bleibt oder nicht erhalten bleibt. Und Kärnten hat sich – und ich sage, leider! – für einen Weg entschlossen, viele Standorte zu schließen.

Ein anderes Bundesland hat es jetzt gerade erst kürzlich vorgezeigt, dass es diese Wahlfreiheit erhält, das ist das Bundesland Salzburg. Und weil auch immer wieder mir hier vorgehalten wurde, ich müsste mich doch intensiv auseinandergesetzt haben mit der UN-Behindertenrechtskonvention, das habe ich hier auch schon richtiggestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, ich habe sie gelesen! Ich betone es noch einmal: Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt in keiner Art und Weise darüber, dass eine Inklusion oder die Einführung der Inklusion das Schließen der Sonderschule voraussetzt. Das hat auch der Bildungsdirektor in Salzburg richtiggestellt. Auch er hat es öffentlich festgehalten, dass das Eine mit dem Anderen zu vereinbaren ist. Ich würde mir nichts anderes wünschen, als dass es auch seitens der Regierungskoalition hier in Kärnten ein klares Bekenntnis gibt zu Sonderschulen, denn das ist richtig und wichtig! Die Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm klar dafür ausgesprochen. Sie hat sich nicht nur für den Erhalt ausgesprochen, nein, sie hat sich auch ausgesprochen für die Stärkung der Sonderschulen. Liebe Kolleginnen und Kolle-

Dieringer-Granza

gen, es wird ja nicht einmal richtig evaluiert, ob diese Time-Out-Gruppen, ob diese inklusive Modellregion wirklich ein Erfolg ist. Deswegen: Hören Sie manchmal etwas genauer auf die Meinung der Eltern, auf die Meinung der Betroffenen und glauben Sie nicht immer, dass Gleichmacherei und parteipolitisches Denken und parteipolitische Ideologie mit dem Bildungsbereich etwas zu tun haben! Hören Sie auf die Eltern, hören Sie auf die Experten und gehen Sie nicht mit Scheuklappen durch die Welt! Denn unseren Kindern sind wir es schuldig, dass wir für sie gute Möglichkeiten schaffen und eine Wahlfreiheit erhalten bleibt! Ebenso ist leider die Ausbildung, die Sonderpädagogische Ausbildung als eigenes Lehramt abgedreht worden. Es ist leider, leider nicht mehr möglich, nur diese Ausbildung zu machen, alleine diese Ausbildung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Die Rednerin hält in der Rede inne.*) Es ist weder peinlich, noch sonst etwas, vielleicht ist es euch peinlich, Themen anzusprechen, die Fakt sind. Es sind ein paar Punkte, die mittlerweile jeder Lehrer machen soll und machen muss, aber eine spezifische Ausbildung, Herr Kollege, gibt es nicht mehr, wie es sie einst gegeben hat. Das ist schade, denn auch hier und heute ist schon einmal Dank an PädagogInnen ausgesprochen worden. Ich ziehe meinen Hut vor jenen Kolleginnen und Kollegen, die in Sonderschulen arbeiten, die diese Ausbildung gemacht haben! Man braucht dafür nicht nur ein paar ECTS-Punkte, sondern man braucht dafür ein ganz großes Herz, ganz viel Engagement, und es ist nicht alles in ein paar ECTS-Punkten zu lernen. Auch die Rahmenbedingungen, die derzeit in Österreich noch sind, machen es nicht immer möglich. Denkt nicht immer nur an den Pflichtschulbereich, sondern denkt auch an die Höheren Schulen! Es ist nicht immer überall alles möglich und genau aus diesem Grund brauchen wir eine Wahlfreiheit für ganz besondere Kinder und Eltern, die dies auch nötig haben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weitere Rednerin zu Wort gemeldet ist die SPÖ-Abgeordnete Christina Patterer. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Patterer** (SPÖ):

Hoher Landtag! Ich möchte mich jetzt auch zu dem Thema zu Wort melden, weil es mir ein Anliegen ist. Frau Kollegin, Sie haben jetzt die Seite der Sonderschulen beleuchtet. Ich würde jetzt gerne den positiven Aspekt der Inklusion und Integration hervorheben. Ich bin eine in der Praxis stehende und ausgebildete Volks-, Sonderschul-, Integrations-, Sprach- und Hörgeschädigten-Lehrerin. Ich arbeite schon seit Jahren mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen in Time-Out-Gruppen, zwei Jahre schon in Integrationsklassen (*3. Präs. Lobnig: Schon so lange!*) und als Förderlehrerin vor allem in der Integration. Für mich ist Integration eine Chance für die gesamte Schule. Es geht da ums gemeinsame Miteinander. Es geht da auch um die Vermittlung von Werten wie Wertschätzung, Respekt, Rücksichtnahme und Leben in einer pluralen Gesellschaft. Wenn ich an meine erste Integrationsklasse zurückdenke, da hat es die Integration von mehrfach schwerstbehinderten Kindern gegeben. Diese Klasse hatte eine so starke Gemeinschaft. Da hat es so eine gegenseitige Wertschätzung unter den Kindern gegeben und vor allem ein hohes Maß an Sozialkompetenzen. Ich glaube, man muss Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung die Chance geben, wirklich gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilzunehmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Ich möchte auch festhalten, dass jeder Lehrer, jeder Sozialpädagoge in diesem Bereich eine wichtige und notwendige Ressource ist. Ich möchte auch festhalten, dass es an der Zeit ist, dass der Bund den Förderschlüssel der Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf an den wirklichen Bedarf anpasst und da unterstützt! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 75-28/32:

Debatte zur mündlichen Anfrageantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des

Ing. Rohr**Abgeordneten Köfer betreffend
Kärnten Privatstiftung**

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Köfer. Der schafft es gerade noch zeitgerecht. (*Abg. Köfer, in den Plenarsaal kommend: Punktgenau!*) Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und meine zwei Herren! (*mit Blick auf die Zuschauertribüne*) Kollege Rauter ist auf der Tribüne oben! Ich begrüße Sie sehr herzlich! (*Abg. Staudacher: Applaus!*) - Du musst klatschen, das ist dein Herr Gemeinderatskollege! Privatstiftung: Irgendwie erinnert mich diese Privatstiftung an den Verkauf des Flughafens. Aber es gibt hier auch nur sehr spärliche Informationen zu den diversen Projekten und Summen werden, was das betrifft, sehr selten bis keine genannt. Es werden aber auch Maßnahmen hier öffentlich im Kärntner Landtag genannt, wobei ich es eher traurig finde, dass wir uns jetzt selber unterhalten können, dass kein Regierungsmitglied diese zwei Stunden verschieben hat können, um uns auch zuzuhören! Aber das ist jetzt nicht von Relevanz. Von der Kollegin Schaar weiß ich, die hat heute Vormittag einen Tiefkühler im Stadtpark zu eröffnen. Da wird ein Eis verpackt und dann schaut man zu, wie lange es dauert, bis es auftaut. (*Abg. Staudacher: Das ist aber deine Umweltreferentin aus Spittal!*) - Ja, ja, schön! Da gibt es aber andere Probleme, die wir in dem Land haben. Aber kommen wir zurück zur Privatstiftung. Summen werden hier keine genannt. Jetzt kann man sagen, ja, das geht euch ja nichts an. Auf der anderen Seite werden Maßnahmen benannt, die populär sind, die unverdächtig sind, wie eine Jugendnotschlafstelle, ein Diabetikerwarnhund für eine Dame, eine Bestrahlungstherapie für einen Herrn – und jetzt kommt es – Versicherungssumme zu gering, Wohnhausbrand, eine Abgeltung, ein Elektroinvalidenfahrzeug für einen Mann, Delphintherapie für eine Frau. Der Höhepunkt ist für mich die Mietübernahme wegen drohender Delogierung bei einer Frau. Alles gute, alles löbliche Aktionen, die ich sofort auch mit unterstützen würde. Wir machen es ja nicht sehr viel anders, deswegen gefällt mir das ganz gut. Aber es stellt sich die Frage, was unterscheidet irgendjemand in

Kärnten davon, der auch von einer Delogierung bedroht ist – da kann ich euch sagen, das sind Hunderte, wenn es nicht Tausende sind in diesem Land – von dieser Dame, dass die eine Unterstützung bei der Delogierung kriegt und die Tausenden anderen nicht? Was machen die falsch? Kennen die diesen Privatfonds nicht? Oder kennt derjenige, der ein Elektrofahrzeug oder einen fahrenden Rollstuhl haben möchte, kennt der diese Einrichtung nicht? Dann wird man sagen, ja wahrscheinlich kennt er sie nicht. Sie wird auch sonst sehr selten benannt. Aber eine Dame, ein Herr bekommt das sehr wohl! Welchen Bezug hat diese Dame, welchen Bezug hat der Herr zu dieser Privatstiftung? Kann man sich hier bewerben? Wenn das der Fall ist, sind wir natürlich alle gerne bereit, auch alle hier im Saal, dass wir diese Adresse bei der KELAG weitergeben an jeden, der in Kärnten von einer Delogierung bedroht ist. Ich halte es für geschickt. Man wird dort hoffentlich keine Ausnahme machen. Das heißt, das wird unser Zugang sein. Es gibt hier einen prall gefüllten Topf, der hat in etwa 2 Millionen Euro gespeichert. Jeder ist ein Schelm, der denkt, dass man da nur den Vorsitzenden des Aufsichtsrates kennen sollte oder irgendeinen seiner Mitstreiter. Das glaube ich nicht, das dürfte auch kein Kriterium darstellen. Aber schauen wir, ob mein Verdacht unbegründet ist. Das heißt, wir werden ab jetzt, das haben wir uns vorgenommen vom Team Kärnten, hilfeschende Menschen, die ihren Wunsch an uns herantragen, an die Kärnten Privatstiftung weiterleiten. Wir werden genau aufzählen, was es dort alles gibt und welche Voraussetzungen man erfüllen muss.

Unter dem Punkt „Ausgewählte Förderinitiativen der Stiftung“ findet sich seit Jahren keine Information, dabei wäre es spannend – das wäre wirklich spannend – welche Auszahlungen es seit dem Jahr 2002 gegeben hat. Und das ist jetzt gar nicht meine Forderung, ich sage das gar nicht, dass wir das alle wissen wollen, sondern es waren meine Freunde von der SPÖ, als sie damals noch nicht den Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt haben und es war der von mir wirklich sehr geschätzte Herwig Seiser am 31. August 2013, der diese Forderung nach Transparenz erhoben hat. Nicht ich! Ich spreche jetzt in seinem Namen, leichter erklärt. Kollege Seiser wörtlich: „Alle Zahlungsflüsse in der Kärntner Privatstiftung werden offengelegt. Ich habe

Köfer

schon immer den Verdacht geäußert, dass es zum Beispiel in der Kärntner Privatstiftung zu dubiosen Zahlungsflüssen gekommen ist und x-mal, zuletzt im November 2012, deren Offenlegung gefordert, die aber immer verwehrt wurde.“ Hob Seiser in Erinnerung. Weiters: „Die Kärntner ‚Zukunftscoalition‘ hat sich darauf verständigt, die Geldflüsse und das Gebaren in den dem Land angegliederten Wirtschaftsstrukturen zu überprüfen und offenzulegen.“ Im Rahmen dieser Überprüfung wird dann auch genau aufgelistet und so weiter, wer sind die Freunde der Seebühne. Man sollte dieser Forderung ja auch Recht geben. Das unterstütze ich natürlich auch, es hat ja keine weiteren Initiativen in diese Richtung gegeben. Landeshauptmann Kaiser sagte vor kurzem im Kärntner Landtag, ihr wart da mit dabei, er hat Einsicht genommen, aber nur seit der Zeit, wo er selber Aufsichtsratsvorsitzender war. (*Abg. Leikam: Ja, das kann er ja nicht so ...*) Ja, aber ich glaube, das gehört schon zur Sorgfaltspflicht eines Aufsichtsrates, vor allem des Vorsitzenden, zu wissen, was passiert in diesem Topf. Ich kann nicht sagen, der Tag X, früher interessiert mich nicht und jetzt bin ich zuständig. Das sollte man nicht tun. Hier wird auch die Sorgfaltspflicht verletzt. Ob man das überprüfen soll oder nicht, ist jetzt eine andere Frage.

Die Auflösung der Stiftung und Überführung in einen Fonds wäre laut Kaiser steuerrechtlich äußerst unklug und auch aus rechtlicher, satzungsmäßiger Sicht nicht möglich. Sagt der Kollege Kaiser. Dem aber genau gegenüber sagt der Kollege Seiser am 09. November 2012: „Um für Transparenz zu sorgen, sind nicht nur die Finanzflüsse offenzulegen, sondern als logische Konsequenz auch Stiftungen aufzulösen, weil es sich dabei um Steuergeld handelt.“ So Seiser abschließend. „Das Stiftungsvermögen in der Höhe von 10 Millionen“ – da werden noch genannt die Kärntner Privatstiftung, die Lakeside Technologie-Stiftung – „seien in einen Fonds zu übertragen.“ Also was jetzt? Die SPÖ sagt, das ist zu übertragen. Der Kollege Seiser sagt, das geht nicht. (*Abg. Seiser: 2012 war das anders! Das hat sich ein bisschen geändert, Herr Kollege!*) Ja, aber man müsste sich ja irgendwie abstimmen! Es gibt ja eine neue Strategie, die der Kollege Kaiser genannt hat, Umwandlung in eine sogenannte aufzehrende Stiftung. Das ist ein Kino! Bis auf eine kleine Summe wird das

ganze Geld abseits der politischen Gremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgegeben. Das heißt, man möchte bis 2022, 2023 – und zufälligerweise sind da gerade wieder die Landtagswahlen oder das Ende der Legislaturperiode – noch schnell Geld ausgeben – wieder ein Schelm, der dabei Böses denkt! – damit das gesamte Kapital bis auf 1.000,- Euro verzehrt sein wird. Das heißt, wir fordern eine weitere massive Aufklärung dieser Blackbox namens Privatstiftung, denn es darf nicht sein – und ich hoffe, dass es auch nicht sein wird – dass diese Stiftung möglicherweise ein Körbergeld des Herrn Landeshauptmannes und Förderungen, die eventuell für Diskussionsstoff sorgen können, gewährt beziehungsweise Projekte im Amt der Kärntner Landesregierung, KollegInnen der Kärntner Landesregierung und so weiter oder auch am Landtag als Träger der Budgethoheit vorbeiswindelt.

Es ist auch zu hinterfragen, ob es sinnvoll ist, dass ein Landeshauptmann überhaupt einer privaten Stiftung vorsteht. (*Abg. Trettenbrein: Das hat der Erwin Pröll auch ...*) - Den Vergleich zu Erwin Pröll, wie du sagst, den möchte ich jetzt nicht strapazieren, weil das hat eine andere Dimension gehabt. Aber dass es auch anders geht, hat der Landeshauptmann Dörfler bewiesen, der ja auch den Stiftungsvorsitz abgegeben hat an eine Kollegin. Das ist also rechtlich alles möglich.

Meine weitere Frage lautet: Warum werden schriftlich vereinbarte – das ist auch wichtig – Stiftungsbestimmungen einfach nicht eingehalten? Zum Beispiel Thema Stiftungsgala. Da wird unter Punkt 8 im Kuratorium ganz klar festgelegt, dass die Organisation einer medienwirksamen Veranstaltung der Stiftung vorgesehen ist. Bis zum heutigen Tag hat es keine einzige gegeben! Das heißt, man wird hier diesem Stiftungsvertrag einfach nicht gerecht und auch hier wird gerade von uns geprüft, ob hier ein Verstoß vorliegt.

Aber eines sei ganz klar ausgesprochen: Wir brauchen keine Parallelwelt in diesem Land, keine Parallelstruktur. Es wurde ja auch Geld von der ehemaligen Hypo Bank in dieser Stiftung geparkt. Auf der einen Seite zahlt Kärnten 30 Jahre lang 1,2 Milliarden Euro an den Bund durch die Hypo zurück. Und auf der anderen Seite haben wir kein Problem, das Geld, das von

Köfer

der Hypo da noch drinnen ist, irgendwie jetzt auch auszugeben. Diese Machenschaften der damaligen Hypo am Balkan, glaube ich, brauchen wir nicht näher zu definieren und wie man dieses Geld bezeichnet, auch das möchte ich jetzt nicht in den Mund nehmen.

Eine weitere Frage hat mich sehr beschäftigt, der Landeshauptmann hat in der letzten Sitzung behauptet, dass das Land niemals Gründungstifter war. Das glaube ich ihm sogar, aber warum behauptete der Landespressediens der Landesregierung damals, dass das Land Kärnten doch ein Gründungsmitglied ist? Für wie blöd hält man eigentlich die Bevölkerung, dass der Landespressediens, der ja nicht irgendwer ist, das ist ja ein amtliches, offizielles Organ der Kärntner Landesregierung, eine Falschmeldung nach außen transportiert? Da werden dann die Medien und die Bevölkerung damit bedient. Das ist eben

die Frage, worauf kann man sich überhaupt noch verlassen, wenn schon ein derartiges Medium sich mit Falschmeldungen beschäftigt?

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit meiner Kolleginnen und Kollegen im Landtag, leider nicht der Regierungsmitglieder, die sind nicht anwesend! (*Beifall vom TKK.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir haben also in Summe nach 28 Wortmeldungen die Tagesordnung abgearbeitet.

Ich darf den Landtagsdirektor bitten, den Dringlichkeitsantrag, den wir jetzt zu verhandeln haben, entsprechend zu verlesen!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Dringlichkeitsantrag:

**Ldtgs.Zl. 14-13/32:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend politische Kultur in Kärnten verbessern – Ehrensenat installieren** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Bereich der Kärntner Politik einen Ehrensenat einzurichten und dafür eine entsprechende Änderung des Kärntner Landesverfassungsgesetzes vorzulegen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Darmann. Ich verweise auf drei Minuten Redezeit und erteile ihm das Wort.

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist bewusst, dass ich nur wenig Redezeit habe, aber ich werde auch nicht zu viel in diese Zeit hineinpacken. Geschätzte Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann – leider jetzt nicht anwesend – hat heute im Zuge der Aktuellen Stunde eine riesige Chance ausgelassen, wertangemessen die Aussagen der Frau Bürgermeisterin Mathiaschitz zu verurteilen. Das steht auf dem einen Blatt Papier. Tatsache ist, wir müssen auch in dieser Causa und ausgehend von dieser unsäglichen Causa Mathiaschitz in die Zukunft schauen. Und deswegen haben wir Freiheitliche uns gedacht, dass es notwendig sein wird, nicht ein Instrumentarium, wie es heute fälschlicherweise dargestellt wurde, der Sanktionierung von Aussagen von freien Mandatsträgern zu schaffen, nein, es geht darum, hier Verhaltensregeln für uns selber festzumachen und diese durch ein Gremium bewerten zu lassen, welches tatsächlich abseits der Politik einen objektiven Blick auf die Politik tätigt und damit auch in der Öffentlichkeit einen entsprechenden moralischen Druck aufbaut, mit sich selber hart ins Gericht zu gehen und darauf zu achten, wie wir miteinander reden, welchen Umgangston wir

Darmann

miteinander pflegen, wenn wir dabei sind, politisch für das Land zu arbeiten und damit auch den Aufgaben nachzukommen, welche die Bevölkerung in unsere Richtung auch stellt. Ich glaube, das ist eine gute Zusammenfassung dessen, auf das wir aufbauend auch diesen Dringlichkeitsantrag formuliert haben, zur Verbesserung der politischen Kultur in Kärnten einen Ehrensenat zu installieren.

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Kollege Seiser hat es heute ja in der Aktuellen Stunde wirklich zusammengefasst und sehr gut zusammengefasst und Christian Leyrouz hat es auch in der Causa Mathiaschitz entsprechend ausgeführt: Es geht um die angemessene Sprache, um ein respektvolles Miteinander. Es geht um eine zielorientierte und konstruktive Gesprächskultur. Ja, das ist die gute und richtige Zusammenfassung! Aber um das entsprechend in der Politik abzubilden und offenkundig aufgrund der Tatsache, dass doch einige, sogar höchstrangige Verantwortungsträger, insbesondere der Sozialdemokratie, es nicht zusammengebracht haben, sich auf diese Verhaltensregeln zurückzuziehen, ist es notwendig, hier ein entsprechendes Gremium zu installieren, wie gesagt, einen Ehrensenat, bestehend aus pensionierten Richtern, Notaren, Rechtsanwälten, vielleicht auch in der Einzahl, um hier entsprechend auch moralische Regeln, nämlich Verhaltensregeln für die Kärntner Landes- und Gemeindepolitik festzumachen. Das sind wir meines Erachtens und im Sinne unserer Zusammenarbeit auch der Kärntner Bevölkerung schuldig, die sich erwartet (*Vorsitzender: 20 Sekunden noch!*) – Ja, ich habe gerade drei Minuten eingestellt, die laufen wieder herunter! – entsprechend, um das noch einmal auszuführen, im Sinne der Kärntner Bevölkerung nicht nur die Ärmel aufzukrempeln und für das Heimatland zu arbeiten, sondern bei dieser verantwortungsvollen Arbeit und Tätigkeit im Sinne der Bevölkerung auch die richtigen Worte zu wählen, nämlich durchaus spitz formuliert in der Sache, das muss es geben, auch in der politischen Auseinandersetzung, aber niemals beleidigend gegenüber einer Person. Danke schön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TKK.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bevor ich abstimmen lasse, bedanke ich mich beim Abgeordneten Prasch im Voraus für die Sozialspende aufgrund der nicht sachgemäßen Handy-Verwendung im Sitzungssaal!

Wir kommen nun, nachdem mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, zur Abstimmung über die Zulassung beziehungsweise Zuerkennung der Dringlichkeit. Dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit des Landtages. Wer dafür ist, bitte abzustimmen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen nicht die erforderliche Mehrheit, daher weise ich diesen Antrag dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten, RVI zur weiteren Behandlung zu.

Ich darf nun den Landtagsdirektor bitten, den weiteren Posteinlauf zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Antrag von Abgeordneten:

Ldtgs.Zl. 101-17/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Fortsetzung und Sicherstellung der Förderung für das Kärntner IHS

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

C) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 47-3/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landeshauptmann Kaiser betreffend Personalentwicklung in den Regierungsbüros

2. Ldtgs.Zl. 39-15/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Prasch an Landesrat Gruber betreffend Projektumsetzungen im Straßenbaubereich

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der heutigen verlangten Landtagssitzung. Ich möchte noch einige Mitteilungen machen. Am kommenden Mittwoch, den 27.03., findet mit Beginn um 08 Uhr 30 eine Schülerlandtagssitzung statt. Ich habe die Landtagsparteien informiert, dass sie die Bildungssprecher bitten, eine entsprechende Fragestunde von 08 Uhr 30 bis 09 Uhr 30 entsprechend vorzumerken. In diesem Zusammenhang mit dem Schülerlandtag darf ich auch berichten, wir haben ja regelmäßig auch außerhalb der Landtagssitzungen Schulklassen im Haus und aufgrund der heutigen Debatte, meine sehr geschätzten Damen und Herren und der Diskussion mit den Jugendlichen erkläre ich ihnen immer, dass hier 36 Damen und Herren Abgeordnete sitzen, die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kärntner Bevölkerung, von insgesamt 561.000 BewohnerInnen unseres Bundeslandes sind. Und dass natürlich sie als positive Träger auch der Wahrnehmung der Interessen des Landes dafür Sorge zu tragen haben, dass man trotz aller politischen, gegensätzlichen Haltungen dafür sorgt, dass wir uns in einem wertschätzenden Umgang begegnen. Ich denke, die heutige Sitzung hat es

gezeigt, dass die Diskussionskultur auch durchaus davon getragen war. Und ich möchte appellieren – und das durchaus auch öffentlich – unabhängig davon, auf welcher politischen Ebene, an alle Damen und Herren als tätige Politikerinnen und Politiker, dass sie die Wortwahl, die sie treffen, immer gut und genau überlegen! Es kann immer passieren, dass es auch Fehler gibt. Dann ist auch eine entsprechende Entschuldigung zurzeit angebracht. Und ich kann nur, besonders was das Verhalten und den Umgang der Damen und Herren Abgeordneten im Haus und auch mit den Regierungsmitgliedern betrifft, appellieren, seien wir ein gutes Vorbild für die Bevölkerung! Das wünscht sich auch die Jugend, das bringt sie immer wieder in den Diskussionen mit zum Ausdruck. Das wollte ich einfach abschließend auch aus Anlass der heutigen Sitzung gesagt haben.

Ich darf noch verweisen auf die Landtagssitzung am kommenden Donnerstag, die 17. Sitzung. Die Einladung ist bereits ergangen. Die Fragen für die Fragestunde sind heute nachgereicht worden. Ich schließe die Sitzung, wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen und hoffe, dass wir uns das nächste Mal gesund wiedersehen. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 11.01 Uhr